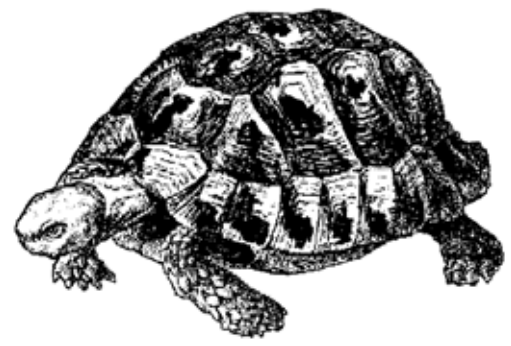
express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit



Nr. 7/2025, 63. Jahrgang • www.express-afp.info • ISSN 0343–5121 • Preis: 4,00 Euro

Zaghafter Widerstand

Warum den Gewerkschaften die Verteidigung des Achtstundentags so schwer fällt – von Lucas Rudolph*

Die deutsche Wirtschaft steht vor dem Abgrund und Schuld ist die Faulheit der Beschäftigten. So ungefähr durfte man wohl Friedrich Merz verstehen, als er im Februar – damals war er noch Kanzlerkandidat – sagte: »Mit einer Vier-Tage-Woche und Work-Life-Balance werden wir den Wohlstand nicht halten.«[1] Wenig später legte Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, nach und forderte »mehr Bock auf Arbeit« von seinen Landsleuten.[2] Die Parole blieb hängen. Sie wird immer wieder bemüht, wenn CDU/CSU, Arbeitgeberverbände und Wirtschaftsforschungsinstitute für die Abschaffung des Achtstundentags werben.

Kurz nach seinem Amtsantritt machte Merz weiter. Am 13. Mai verkündete er auf dem CDU-Wirtschaftstag, dass es mit der Work-Life-Balance endlich mal gut sein müsse.[3] CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann legte noch eins drauf und erklärte, er habe »manchmal den Eindruck, dass es nicht mehr um Work-Life-Balance geht, sondern um Life-Life-Balance«.[4] Wollte er unterstellen, die Masse der Leute würde gar nicht mehr zur Arbeit gehen?

Ganz so schlimm sei es noch nicht, wusste das kapitalfreundliche Institut der deutschen Wirtschaft (IW) zu berichten. Aber doch schlimm. Denn im Vergleich der OECD-Länder würden die Deutschen durchschnittlich am drittwenigsten arbeiten.[5] Die Meldung wurde in allen großen Medien aufgegriffen. Selten erfuhr man den Grund, weshalb die durchschnittliche Jahresarbeitszeit pro Kopf hierzulande vergleichsweise gering ausfällt: Die Beschäftigten in der Bundesrepublik arbeiten häufiger in Teilzeit. Laut der Bundesagentur für Arbeit sind es mittlerweile fast 40 Prozent.[6]

Die Fakten helfen aber wenig. Die Debatte läuft, Ressentiments gegen Faule werden bedient. Sie treffen nicht mehr nur die Erwerbslosen. Vermehrt wird in Zeitungen und Talkshows diskutiert, ob es nicht auch den Lohnarbeiter:innen zu gut ginge.

Die ständig wiederholte Behauptung, keiner hätte mehr »Bock auf Arbeit«, soll die mittelmäßige gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik begründen – »Wohlstand« nennt das Merz und tut so, als ergäbe sich das monatliche Geld auf dem Privatkonto direkt aus dem Bruttoinlandsprodukt. Die Rezessionsjahre 2023 und 2024 und die Aussicht, dass es 2025 wieder kein nennenswertes Wirtschaftswachstum geben könnte, verbreiten Angst auch bei vielen Beschäftigten.

Das Erfolgsmodell »Exportweltmeister« schwächelt schon länger, China und andere asiatische Staaten machen sich immer unabhängiger von importierter Technik und die höheren Zölle für Einfuhren in die USA kommen noch obendrauf. Dagegen helfen Apelle von Union und Arbeitgeberverbänden wenig, die arbeitenden Leute müssten jetzt mal so richtig zupacken, um die deutsche Wirtschaft aus der Krise herauszuziehen. Aber wenn man behauptet, die Umsätze würden nicht stimmen, weil die Leute keinen »Bock auf Arbeit« hätten, hat man ein Argument gegen die tägliche Höchstarbeitszeit.

Was auf dem Spiel steht

Der Achtstundentag gehört zu den größten Errungenschaften der Gewerkschaftsbewegung. Jährlich wird in aller Welt der 1. Mai begangen, weil 1886 Arbeiter:innen auf dem Haymarket in Chicago für ihn streikten. In Deutschland wurde die werktägliche Höchstarbeitszeit von acht Stunden erstmals 1918 gesetzlich verankert.

Im Koalitionsvertrag haben CDU/CSU und SPD vereinbart, sie durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit zu ersetzen. Die dürfte 48 Stunden betragen, denn das ist das Höchstmaß, das die Arbeitszeitrichtlinie der EU vorsieht. Die tägliche Arbeitszeit könnte dann 12 Stunden und 15 Minuten betragen. Eine Grenze setzen nur noch die gesetzlich vorgeschriebenen Pausen und die Ruhezeit von 11 Stunden nach jedem Arbeitstag – auch die kann aber etwa in der Pflege, bei Gaststätten und Verkehrsbetrieben ausnahmsweise auf 10 Stunden verkürzt werden. Dann wären gar Arbeitstage von über 13 Stunden denkbar.

Übrigens sieht auch die EU-Arbeitszeitrichtlinie die Möglichkeit vor, kurzfristig länger als 48 Stunden pro Woche zu arbeiten, solange die Überschreitung im Laufe mehrerer Monate ausgeglichen wird. Nach den Plänen der Bundesregierung wäre es deshalb möglich, mehr als 70 Stunden in einer Woche zu arbeiten.[7]

Schon jetzt gibt es im Arbeitszeitgesetz viele Ausnahmen vom Achtstundentag, zum Beispiel für bestimmte Berufsgruppen wie Pflegekräfte oder für Bereitschaftsdienste. Und die Arbeitszeit darf grundlos auf zehn Stunden ausgeweitet werden, wenn im Mittel eines halben Jahres die acht Stunden pro Werktag nicht überschritten werden. Darum wies Taro Tatura im *nd* darauf hin, dass genau genommen gar nicht der Achtstundentag, sondern der Zehnstundentag verteidigt werden muss. Denn der Ausgleich im Durchschnitt von sechs Monaten sei allein dadurch gegeben, dass auch der Samstag laut Gesetz als Werktag gilt.[8]

Trotzdem: Heute sind 40 Stunden pro Woche die Regel – oder weniger, wenn es einen guten Tarifvertrag gibt. Die tägliche Höchstarbeitszeit von acht Stunden ist außerdem ein wichtiges Instrument im Konflikt mit dem Arbeitgeber. Selbst wenn sich eine längere Arbeitszeit nicht gerichtlich untersagen lässt, können Gewerkschaften darauf drängen, dass die gesetzliche Regelarbeitszeit eingehalten wird – beispielsweise, wenn es darum geht, wie lang eine reguläre Schicht dauert.

Zur Wahrheit gehört allerdings auch, dass die festgelegte Höchstarbeitszeit schon jetzt überschritten wird. Im letzten Jahr wurden in der Bundesrepublik 1.190 Millionen Überstunden geleistet, mehr als die Hälfte davon unbezahlt.[9] Niemand weiß, wie viele davon nicht gesetzeskonform waren – und wie viele gar nicht registriert wurden, weil sie Verstöße offenlegen würden. In Betrieben mit Vertrauensarbeitszeit gilt das Arbeitszeitgesetz ohnehin oft eher als freundliche Empfehlung.

Es war einmal die Arbeitszeitverkürzung

In der Bundesrepublik wurde bisher weniger um die gesetzliche als um die tarifliche Arbeitszeit gekämpft. Am bekanntesten ist der Arbeitskampf der IG Metall für die 35-Stunden-Woche in der Metall- und Elektroindustrie 1984. Fast sieben Wochen dauerte der, samt kalter Aussperrung einer halben Million Leute. Am Ende stand ein Teilerfolg: Die Arbeitszeit wurde auf zunächst 38,5 Stunden pro Woche verkürzt. Allerdings war diese Verkürzung mit einem Einstieg in die Flexibilisierung der individuellen Arbeitszeit verbunden. Zudem wurde die konkrete Umsetzung an die Betriebsräte delegiert, was ganz unterschiedliche betriebliche Regelungen zur Folge hatte.

1995 war nach weiteren Schritten die 35-Stunden-Woche für die Metall- und Elektroindustrie erreicht – allerdings nur für die westdeutsche. Der Versuch, sie 2003 auch in Ostdeutschland durchzusetzen, scheiterte. In der Stahlindustrie gelang es der IG Metall, die Wochenarbeitszeit in der gesamten Bundesrepublik auf 35 Stunden abzusenken – seit 1994 gilt sie in West-, seit 2009 in Ostdeutschland.

Parallel zur IG Metall hatte 1984 nach dreizehnwöchigem Arbeitskampf auch die IG Druck und Papier in der Druckindustrie zunächst eine Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Stunden und später die 35-Stunden-Woche durchsetzen können. Ähnliches gelang weder im öffentlichen Dienst noch in anderen wichtigen Branchen.[10]

Forderungen nach weiteren Wochenarbeitszeitverkürzungen fristeten lange ein Nischendasein. Das Interesse der Beschäftigten war begrenzt, was an der Erfahrung lag, dass das Mehr an freier Zeit häufig mit erhöhtem Arbeitsdruck einherging. Zusätzliches Personal wurde fast nie eingestellt.

2016 setzte die EVG ein tarifliches Wahlmodell durch, bei dem Beschäftigte individuell zwischen (unter anderem) mehr Geld, mehr Urlaub oder einer Arbeitszeitverkürzung wählen konnten. Die Gewerkschaft reagierte damit auf unterschiedliche Bedürfnisse ihrer Mitglieder. Fast immer wurden die freien Tage gewählt, nur selten die Verkürzung der Wochenarbeitszeit.

Ein neuer Anstoß kam 2023 mit der Tarifrunde in der Stahlindustrie, in der die IG Metall die Viertagewoche forderte. Die Wochenarbeitszeit sollte von 35 auf 32 Stunden verkürzt werden, bei vollem Lohnausgleich versteht sich. Das ließ sich nicht durchsetzen. Seit dem Abschluss 2023/2024 können die

VIER
... Jahrbücher für ein Halleluja 6

STUNDEN
... pläne überholen 7

SIND
... wir am Ende des Kapitalismus? 14, 15

GENUG
...ist nicht genug 4, 5

GEWERKSCHAFTEN INLAND

Renate Hürtgen: »Wie steht es um die Demokratie im sächsischen Betrieb?« – Bestandsaufnahme mit vorsichtig positivem Ausgang 6

Heiner Dribbusch: »Ver.di kritisiert Nato-Aufrüstungsbeschluss« – Gewerkschaftslinke vor schwierigen Fragen 9

Marcus Schwarzbach: »Aktiv gegen Kriegstüchtigkeit« – Das BetrVG antimilitaristisch nutzen 12

BETRIEBSSPIEGEL

Johannes Specht: »Zweite Welle im Gesundheitsbereich« – Ende des heftigen Tarifkampfs bei der Berliner CFM 4

ARBEITSRECHTE IN PREKÄREN LEBENSLAGEN (7)

»Die Arbeitgeber schikanieren Streikende mit allen Mitteln« – Nikolai Huke im Gespräch mit Monika Górka 3

POLITIK UND DEBATTE

Lucas Rudolph: »Zaghafter Widerstand« – Warum die Verteidigung des Achtstundentags so schwer fällt 1

Sascha Regier: »Nicht so staatstragend!« – Die Demokratisierung der Wirtschaft sollte Thema politischer Bildung sein 7

Slave Cubela: »Ticket der Teilnahmslosigkeit« – Das Fortleben der Imperialismustheorie 10

INTERNATIONALES

Robert Schlosser: »The Golden Age is Coming« – Die ökonomischen Folgen der US-amerikanischen Zollpolitik 14

REZENSIONEN

Andreas Bachmann: »Immer weiter nach rechts?« – Entwicklung der Unionsparteien 8

Peter Nowak: »Reformer der Gewerkschaftspresse und Gegner des NS« – Würdigung des Gewerkschafters Hermann Scheffler 13

Wolfgang Völker: »Liebe Arbeitswelt…« – Lesetipp für den Sommer 16

KURZES

Antipasti 5, 10

Vermischte 2, 12, 14, 15

Zu den Bildern dieser Ausgabe

Nicht Herr Rossi, sondern Ville sucht in dieser Ausgabe des *express* das Glück. Er ist ein junger, ehrgeiziger Comicautor aus Finnland, der am Anfang einer vielversprechenden Karriere steht. Von seiner Genialität überzeugt, eilt er nach Paris, um seine Chance zu ergreifen, doch dort läuft nicht alles so, wie er es sich vorgestellt hat.

Mit Humor und Selbstironie zeichnet Ville Ranta eine autobiografisch geprägte Satire auf den Comicbetrieb und die Schwierigkeiten, ungehinderte Kreativität und kommerziellen Erfolg zu verbinden. Uns geht es da gar nicht so anders, auch wenn wir selbstverständlich weder hinter kommerziellem Erfolg her sind, noch am Anfang (und schon gar nicht einer »Karriere«) stehen. Ja, ja, auch über unsere Kreativität kann man streiten, aber immerhin: Im Geld schwimmen wir wirklich nicht, siehe den beiliegenden Spendenaufruf, und nicht nur darum fühlen wir uns dem jungen Künstler verbunden.

Wir danken dem Reprodukt-Verlag herzlich für die Überlassung der Bilder!

Ville Ranta: Wie ich Frankreich erobert habe. Aus dem Finnischen von Elina Kritzokat, Reprodukt, Berlin 2025, 164 Seiten, farbig, 17 x 24 cm, Hardcover, ISBN: 978-3-95640-450-4, 20 Euro.

Beschäftigten in der Stahlindustrie ihre Arbeitszeit individuell auf 33,6 Wochenstunden absenken, allerdings ohne Lohnausgleich.

Tschüssi, Viertagewoche

Inzwischen ist die IG Metall programmatisch vom Ziel der Viertagewoche abgerückt. Christiane Benner, die Erste Vorsitzende der IG Metall, sagte der *Bild* Ende Mai: »Eine Vier-Tage-Woche mit vollem Lohnausgleich steht aktuell nicht auf der gewerkschaftlichen Forderungsliste.«[11] Darüber darf man sich ärgern. Benner hat damit die wichtige programmatische Forderung nach Arbeitszeitverkürzung beiseitegeschoben.

Und trotzdem sollte man ihre Begründung zur Kenntnis nehmen. Der *Bild* sagte sie nämlich weiter: »Fakt ist: Wir spüren gerade in vielen Betrieben die angespannte wirtschaftliche Situation. Es sind die Arbeitgeber, die deshalb die Arbeitszeit verkürzen – auf Kosten der Beschäftigten.«[12]

Sie spielte darauf an, dass Kurzarbeit derzeit ein Massenphänomen ist. Im November 2024 erhielten mehr als 265.000 Menschen aus fast 10.000 Betrieben Kurzarbeitergeld.[13] Sie arbeiten weniger als üblich und haben weniger Geld in der Tasche. Diese Erfahrung haben in den letzten Jahren viele Beschäftigte gemacht. Hinzu kommen jene, die um ihre Arbeitsplätze fürchten, weil die Unternehmen,

in denen sie arbeiten, ihre Produktionskapazitäten nicht auslasten können.

Wer darum bangt, seinen Lebensstandard zu halten, während Miete und Lebensmittel teurer werden, dessen drängendstes Interesse ist das Entgelt. In Zeiten von hoher Inflation, geringen Lohnsteigerungen und schwächelnder Auftragslage kommt es vielen Beschäftigten erst mal auf Sicherheit an. Die Verkürzung der Arbeitszeit ist derzeit schwerer vermittelbar, weil sich viele vor dem wirtschaftlichen Abstieg fürchten und deshalb andere Prioritäten setzen.

Selbstverständlich wäre eine kollektive Verkürzung der Arbeitszeit *bei vollem Lohnausgleich* trotzdem richtig. Eine kürzere Vollzeit wünschen sich laut einer Befragung der Hans-Böckler-Stiftung aus dem Jahr 2022 vier von fünf Vollzeitbeschäftigten.[14] Sie würde Stress reduzieren, Krankheiten vorbeugen und es möglich machen, mehr Zeit mit den Liebsten zu verbringen. Voraussetzung wäre freilich, dass die Arbeitsbelastung nicht im selben Maße hochgeschraubt würde. Dass dies aktuell durchsetzbar ist, erscheint im Lichte einiger jüngerer Tarifabschlüsse (siehe *express* 4/2025, S. 4 und 5/2025, S. 4) nicht sehr wahrscheinlich.[15]

Wessen Flexibilität?

Die Union hingegen verkauft ihre Pläne als Gewinn für die Beschäftigten. Zum Beispiel in Person von Stefan Nacke, dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, des gewerkschaftsnahen Flügels der CDU. Er sagte der *Tagesschau*: »Es geht um Freiheit, nicht um Ausbeutung. Wir wollen auch nicht, dass die Arbeitszeit ausgeweitet wird, wir wollen den Menschen Wahlmöglichkeiten geben. Ganz viele junge Menschen, die Verantwortung für Familie haben, für junge Kinder, für zu pflegende Eltern, (…) die brauchen flexible Lösungen und das ist in deren Sinne.«[16]

Schon im Koalitionsvertrag wurde die Abschaffung des Achtstundentags gerechtfertigt mit mehr »Flexibilität« für »Beschäftigte und Unternehmen« sowie ausdrücklich mit der »besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf«.[17] Wenn man einfach täglich zwölf Stunden arbeitet, dann ist die 40-Stunden-Woche in dreieinhalb Tagen geschafft – so ungefähr dürfte das gemeint sein. Fragt sich nur, was Friedrich Merz dann eigentlich gegen die Viertagewoche hat?

Möglicherweise wären manche mit so einer Arbeitswoche einverstanden. Aber: In der Praxis bedeutet »Flexibilität« für Beschäftigte und Unternehmen etwas ganz Verschiedenes. Nicht umsonst heißt es im Gewerkschaftsjargon nicht »Flexibilität«, sondern »Zeitsouveränität«, wenn Beschäftigte ihre Arbeitszeit nach eigenen Wünschen gestalten können. Denn Flexibilität meint nicht: mehr Wahlmöglichkeiten für die Beschäftigten, sondern dass die Arbeitgeber noch freier über deren Arbeitszeit entscheiden können. Würde die tägliche Höchstarbeitszeit abgeschafft, dann erhöhte sich ihr Gestaltungsspielraum weiter. Die Rede von »mehr Flexibilität für alle« verdeckt, dass eigentlich darum gerungen wird, wer entscheidet, wann und wie lang gearbeitet wird – Arbeitgeber oder Beschäftigte?

Von der Abschaffung des Achtstundentags würden also nicht diejenigen profitieren, die mittwochs länger arbeiten wollen, um anderntags die Kinder früher aus dem Hort abholen zu können oder den Termin für ihren Yogakurs nicht zu verpassen. Auswirken würde sich eine weitere Deregulierung vielmehr auf jene Branchen, in denen schon jetzt um die Arbeitszeit gekämpft wird. Dazu gehören etwa die Gastronomie und das Bauwesen. So sieht es auch die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi, die Ende Mai im Interview mit der *Rheinischen Post* sagte: »Es geht wohl (…) darum, rechtlich fragwürdige Geschäftsmodelle zu legalisieren, wie regelmäßige Zwölf-Stunden-Schichten bei Subunternehmern im Paketdienst oder die fehlenden Ruhezeiten im Hotel- und Gastgewerbe.«[18]

Das alles sollte Grund genug sein, den Achtstundentag zu verteidigen. Der ist gar nicht so unbeliebt, wie die öffentliche Debatte über »Bock auf Arbeit« glauben macht. Als die Bundesagentur für Arbeit im April und Mai sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zur Arbeitszeit befragte, gaben zwar rund ein Drittel von ihnen an, sie wären bereit, an manchen Tagen länger als zehn Stunden zu arbeiten. Zugleich sprachen sich aber fast drei Viertel der Befragten dafür aus, eine tägliche Höchstarbeitszeit beizubehalten.[19]

** Lucas Rudolph ist Redakteur des express.*

Anmerkungen:

1 Kanzlerkandidat Merz. Vier-Tage-Woche sichert den Wohlstand nicht, 12. Februar 2025, NDR.
2 Stefan Braun: »Wir brauchen mehr Bock auf Arbeit«, 23. Februar 2025, Table Media.
3 Bundeskanzler Merz stimmt auf »Kraftanstrengung« ein, 14. Mai 2025, Zeit Online.
4 Kristina Dunz: Carsten Linnemann. »Life-Life-Balance produziert keinen Wohlstand«, 25. Mai 2025, Redaktionsnetzwerk Deutschland.
5 Institut der deutschen Wirtschaft: Arbeitszeiten. Griechen arbeiten 135 Stunden im Jahr mehr als Deutsche, 18. Mai 2025.
6 Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung: IAB-Arbeitszeitrechnung, Mai 2025.
7 Hans-Böckler-Stiftung: Debatte um die Arbeitszeit. Zentrale Fragen und Antworten aus der Forschung, 16. Juni 2025.
8 Taro Tatura: Massiver Angriff auf Arbeitszeitgesetz durch Union und SPD, 3. Juni 2025, nd.
9 IAB-Arbeitszeitrechnung, Mai 2025.
10 Siehe für einen Überblick Reinhard Bispinck: Tarifpolitik. Grafiken/Tabellen – Arbeitszeit, reinhard-bispinck.net/grafiken/#arbeitszeit.
11 Daniel Puskepeleitis: Debatte um Mehrarbeit. Gewerkschaften fordern keine Vier-Tage-Woche mehr, 27. Mai 2025, Bild.
12 Puskepeleitis: Debatte um Mehrarbeit, Bild.
13 Bundesagentur für Arbeit: Statistik Kurzarbeit, November 2024, Website der Bundesagentur für Arbeit.
14 Yvonne Lott, Eike Windscheid: 4-Tage-Woche. Vorteile für Beschäftigte und betriebliche Voraussetzungen für verkürzte Arbeitszeiten. Policy Brief WSI, Nr. 79.
15 Siehe auch Heft 1/2025 der WSI-Mitteilungen zum Thema »Kämpfe um Zeit. Alte Probleme, neue Konflikte«.
16 Uwe Jahn: Wöchentliche Höchstarbeitszeit statt Acht-Stunden-Tag, 12. Juni 2025, Tagesschau.
17 CDU, CSU, SPD: Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag, S. 17.
18 Birgit Marschall: »Das reichste Prozent der Bevölkerung beteiligt sich unverschämt wenig am Gemeinwesen«. DGB-Chefin Fahimi im Interview, 29. Mai 2025, Rheinische Post.
19 Jens Stegmaier, Jonas Aljoscha Weik, Bernd Fitzenberger, Enzo Weber: Mehr Anreize, mehr Flexibilität, mehr Arbeit? Wie Beschäftigte auf die Pläne der neuen Bundesregierung reagieren würden, 17. Juni 2025, IAB-Forum.

Leserliches

Kein Streik mehr ohne promovierte Jurist:innen?

Auf der Tagung »Praxis und Zukunft des Streikrechts« tauschten sich Arbeitsrechtler:innen und Gewerkschafter:innen über Schadenersatzforderungen, die Zunahme juristischer Verfahren und Streiks in der kritischen Infrastruktur aus. Martin Kaluza berichtet auf der Website der Hans-Böckler-Stiftung von der Tagung.
Immer häufiger werden Gewerkschaften bei Arbeitskämpfen in juristische Auseinandersetzungen hineingezogen. Das Feld, »in dem sich Menschen ohne Promotion im Arbeitskampfrecht autonom bewegen können«, werde immer kleiner, bemerkte Johanna Wenckebach, Justitiarin der IG Metall. Und die rechtlichen Auseinandersetzungen binden erhebliche Ressourcen. Arbeitgeber nutzen Klagen gezielt, um Druck auszuüben. Begründet werden sie häufig mit kurzfristigen Streikankündigungen, der Betroffenheit schutzbedürftiger Dritter oder angeblichen Verstößen gegen die Friedenspflicht. Gerade die Frage, welche Themen der Friedenspflicht unterliegen, wird von Gerichten unterschiedlich ausgelegt.
Besonders hart wird es für Beschäftigte, wenn Streiks aufgrund gerichtlicher Entscheidungen kurzfristig abgesagt werden müssen. Sorge bereitet außerdem, dass Arbeitskämpfe mit hohen Schadenersatzforderungen einhergehen können. Und wenn sie kaum noch möglich sind ohne viel juristischen Beistand, dann ist auch die Tarifautonomie in Gefahr. Sie ist ebenso bedroht durch die immer wieder geforderten Einschränkungen des Streikrechts in der Daseinsvorsorge und kritischen Infrastruktur.

Zum Nachlesen: www.boeckler.de/de/tagungsberichte-18029-kein-streik-mehr-ohne-promovierte-juristen-69900.htm

»Die Arbeitgeber schikanieren Streikende mit allen Mitteln«

Nikolai Huke im Gespräch mit Monika Górka*, Einzelhandelssekretärin bei ver.di

Nikolai Huke: *Welche Beschäftigten sind in den Lagern des Einzelhandels tätig?*

Monika Górka: In den Supermärkten arbeiten eigentlich nur Einheimische oder Personen, die Deutsch sprechen, in den Lagern arbeiten bei vielen Firmen fast nur Ausländer:innen. Viele Beschäftigte sind beispielsweise aus dem EU-Ausland nach Sachsen-Anhalt gekommen. Sie arbeiten häufig mit befristeten Verträgen oder für Leiharbeitsunternehmen.

N.H.: *Welche Herausforderungen ergeben sich daraus für Gewerkschaften?*

M.G.: Der Aufbau gewerkschaftlicher Strukturen ist ein langfristiges Projekt. Wenn fast alle potenziellen Mitglieder befristet angestellt sind oder für Leiharbeitsunternehmen arbeiten, können wir deshalb nicht wirklich Strukturen aufbauen.

Ein anderes Problem ist, dass viele der Beschäftigten nur begrenzt Deutsch sprechen und dass ihr Deutsch nicht ausreicht, um juristische Sprache zu verstehen. Die Beschäftigten haben häufig auch keine Möglichkeit, Deutsch zu lernen – etwa, weil sie als EU-Ausländer:innen faktisch keinen oder nur erschwerten Zugang zu Integrationskursen haben. Beratung seitens der Gewerkschaften, etwa wenn sich Mitglieder in Betriebsräten

engagieren wollen, erfolgt häufig nur auf Deutsch. Wir verteilen zwar Infoblätter auf Polnisch, Bulgarisch und Rumänisch. Beitrittserklärungen gibt es auch in zehn oder fünfzehn verschiedenen Sprachen. Die Beschäftigten füllen ihre Beitrittserklärung auf Polnisch aus, bekommen Broschüren auf Polnisch und denken, die Beratung erfolgt dann auch auf Polnisch. Das ist aber nicht so, wir beraten nur auf Deutsch. Dadurch verlieren wir Mitglieder. Sie bezahlen Beiträge und erwarten auch eine Gegenleistung dafür. Ich übersetze zwar gerne und oft, aber ich bin nur eine Person und der Bedarf ist riesig – jede Woche bekommen wir vierzig, fünfzig verschiedene Fragen.

Gleichzeitig dürfen Beratungsstellen wie das Berliner Beratungszentrum für Migration und Gute Arbeit (BEMA)[1], die Beratung etwa auf Polnisch, Rumänisch oder Bulgarisch anbieten, keine Gewerkschaftsmitglieder beraten.

N.H.: *Wie haben Sie die Streikwelle 2023/2024 im Einzel- und Versandhandel sowie im Großhandel in Sachsen-Anhalt erlebt?*

M.G.: Wir haben viel gestreikt und die Streikbeteiligung unter ausländischen Beschäftigten war wirklich hoch. Die Arbeitgeber haben darauf mit vielen rechtswidrigen Maßnahmen reagiert. So wurden etwa Leiharbeitnehmer:innen als Streikbrecher eingesetzt. Unsere Mitglieder bekamen von uns die Information, dass wir, sagen wir, Montag ab 6 Uhr streiken. Wir treffen uns vor Ort auf dem Parkplatz um 6 Uhr und sehen dort die Busse der Leiharbeitsfirmen. Das Unternehmen hat geschätzt, dass beispielsweise 200 Beschäftigte streiken und hat dann das entsprechende Personal für den Tag über Leiharbeitsfirmen rekrutiert.

Teilweise wurden auch Beschäftigte mit Kurzzeitverträgen von einem Monat für die Zeit eingestellt, in der wir gestreikt haben. Rechtlich gesehen dürfen keine Beschäftigten von Leiharbeitsfirmen als Streikbrecher eingesetzt werden. Sie haben das einfach trotzdem gemacht, was es uns erschwert hat, als Gewerkschaft durch den Streik etwas zu erreichen. Wir haben versucht, Druck auf die beteiligten Leiharbeitsfirmen auszuüben über die Agentur für Arbeit, die die Lizenzen für die Firmen vergibt, aber keine verbindliche Antwort bekommen. Das Problem ist, dass die Agentur die Leiharbeitsfirmen gerne nutzt, um erwerbslose Menschen in Arbeit zu vermitteln.

N.H.: *Welche Folgen hatte der Streik für die beteiligten Beschäftigten?*

M.G.: Die Arbeitgeber schikanieren Streikende mit allen Mitteln. Viele unserer Mitglieder waren von Maßregelungen seitens der Unternehmen betroffen. So wurden etwa Kolleg:innen, die in der Kommissionierung gearbeitet haben und mit dieser Arbeit mehr oder weniger zufrieden waren – das war keine gute Arbeit, aber in Ordnung –, wenn sie gestreikt haben, sofort ins Kühlhaus strafversetzt und mussten dort bei minus zwanzig Grad arbeiten. Wir reden hier nicht von fünf Personen, sondern von dreißig oder fünfzig in einem Betrieb. Andere mussten Toiletten putzen, was sie vorher nie machen mussten.

Außerdem gab es plötzlich Abmahnungen, weil Leute angeblich zu lange auf der Toilette waren. Ich habe die Beschäftigten gefragt: »Ok, was heißt das, eine Stunde, oder was?« »Acht Minuten.« Das war zu lang und die Beschäftigten bekamen eine Abmahnung. Pausen, die immer erlaubt waren, zum Beispiel Rauchpausen, für die man sich nie ausstempeln musste, wurden nur noch denjenigen gestattet, die nicht gestreikt hatten. Teilweise wurde die Krankschreibung nicht mehr akzeptiert, wenn sie nach dem Arztbesuch automatisch digital übermittelt wurde. Die Beschäftigten hatten sich natürlich beim Arbeitgeber krankgemeldet, haben aber eine Abmahnung bekommen, weil sie die Krankschreibung nicht persönlich abgegeben oder per Post geschickt haben. Teilweise wurden Streikenden auch Aufhebungsverträge angeboten: »Ok, wenn Sie streiken wollen, haben wir ein Angebot für Sie: 3.000 Euro Abfindung oder 5.000 Euro und sie arbeiten weiter am gleichen Arbeitsplatz, aber für ein Leiharbeitsunternehmen. Natürlich mit befristetem Vertrag und Probezeit, damit Sie unproblematisch gekündigt werden können.«

Es gibt auch Personen, denen infolge des Streiks sofort gekündigt wurde. Das waren in meinem Bereich bestimmt fast 100 Leute allein Anfang des Jahres 2024. Das war für mich persönlich sehr erschreckend und traurig. Ich kenne sie gut, auch privat, und habe immer gesagt: »Streik ist ein Grundrecht in Deutschland, wir dürfen streiken!« Aber dann wurden viele einfach gekündigt, nur weil sie gestreikt hatten, auch wenn das natürlich in der Kündigung nicht als Grund genannt wird. Sie haben nur gestreikt und wurden deswegen gekündigt!

Unsere Mitglieder haben wir bei Klagen gegen diese Kündigungen beim Arbeitsgericht unterstützt. Aber das ist so: Am Ende bekommen sie 3.000 oder 4.000 Euro vom Arbeitgeber, aber sie sind arbeitslos, müssen eine neue Arbeit suchen, vielleicht für Leiharbeitsfirmen arbeiten. Wir als Gewerkschaft verlieren unsere Mitglieder in diesem Betrieb. Der Arbeitgeber ist zufrieden, weil diejenigen, die gestreikt haben, weg sind.

N.H.: *Haben die Prozesse vor dem Arbeitsgericht einen Erziehungseffekt für Arbeitgeber? Verändert sich dadurch etwas an den rechtswidrigen Praktiken?*

M.G.: Leider nein. Für die Arbeitgeber lohnen sich die rechtswidrigen Kündigungen auch dann, wenn sie Abfindungen zahlen müssen. 4.000 Euro Abfindung sind nichts für die Unternehmen – auch wenn es 50 Beschäftigte sind, die eine Abfindung bekommen, lohnt sich das für sie.

** Monika Górka ist ver.di-Gewerkschaftssekretärin im Fachbereich Handel in Sachsen-Anhalt.*

Anmerkung:
1 Online unter bema.berlin

»Arbeitsrechte in prekären Lebenslagen«

In der Reihe »Arbeitsrechte in prekären Lebenslagen« stellt Nikolai Huke Interviews rund um das Thema Arbeitsrechtsverletzungen und den Umgang damit vor. Die Gespräche wurden zum einen mit betroffenen Beschäftigten geführt, zum andern mit verschiedenen Beratungsstellen (Faire Mobilität, Faire Integration, Beratungsstellen Arbeit NRW). Entstanden sind die für den *express* journalistisch bearbeiteten Texte im Rahmen des gleichnamigen Forschungsprojekts, das durch die Hans-Böckler-Stiftung gefördert wird. Wer über aktuelle Publikationen und Veranstaltungen des Projekts informiert werden möchte, kann sich unter https://lists.uni-hamburg.de/mailman/listinfo/arbeitsrechte-prekaer.wiso in einen Newsletter eintragen.

Geneigte Leserinnen und Leser,

manche von Euch erinnern sich vielleicht noch an die Zeiten, als wir mehr oder weniger regelmäßig Leserbriefe abgedruckt haben. Das ist schon länger nicht mehr passiert. Keineswegs liegt das daran, dass wir die Zuschriften unserer Leser:innen nicht mehr für wichtig oder veröffentlichungswürdig hielten. Der *express* war und bleibt eine Diskussionsplattform, wir wollen zum Ein- und Widerspruch anregen.

Der Grund ist: Es erreichen uns derzeit einfach kaum Leserbriefe. Liegt es daran, dass man sich im Zeitalter der digitalen Kommunikation nicht mehr an den Schreibtisch setzt und eine Erwiderung schreibt, wenn man einen Artikel gelesen hat, mit dem man nicht einverstanden ist? Man kann die eigenen Gedanken ja in Windeseile mit der eigenen Bubble teilen, deren Zuspruch man sich sicher sein darf. Vielleicht sind auch einfach alle zu gestresst und beschäftigt, um sich einer so brotlosen Aufgabe zu widmen? Wir können uns ebenso vorstellen, dass Leserbriefe in dem Maße aus der Mode gekommen sind, in dem das Selbermachen von Medien zurückgetreten ist hinter das Konsumieren.

Was uns dagegen in den letzten Monaten erreicht hat, sind wiederkehrende Bitten, wir sollten uns doch mal mit einem Thema beschäftigen, das einigen von Euch bisher zu kurz kam: Krieg und Frieden. Da wir uns bekanntlich durch nichts so auszeichnen wie durch Begeisterung für (unsere) arbeitenden Leser:innen bzw. für lesende Arbeiter:innen – von unserer Begeisterung für jene gepanzerten Tiere, die wissenschaftlich als »Testudinata« bezeichnet werden und sich durch eine gewisse erdgeschichtlich belegte Resilienz auszeichnen, mal abgesehen –, haben wir uns dem angenommen. Wenn Ihr uns nicht schreibt, schreiben wir Euch eben: Die Ausgabe, die Ihr in den Händen haltet, widmet sich mit einem kleinen Schwerpunkt (S. 9-12) jener Frage, die (nicht nur) in der Gewerkschaftslinken so kontrovers diskutiert wird.

Auch sonst halten wir uns in dieser Ausgabe an Kontroversen: Unter Gewerkschafter:innen wenig umstritten, dafür umso mehr in den Medien und der Bundespolitik ist die Abschaffung der täglichen Höchstarbeitszeit (S. 1). Wie die Erfahrungen in der Arbeitswelt zu rechtsextremen Einstellungen beitragen, da ist man sich auch nicht ganz einig (S. 6), und keiner weiß wohl genau, wie der Handelskonflikt zwischen den USA, Europa und China sich weiter entwickeln wird (S. 14).

Alles wenig erfreuliche Themen – das gilt auch für die Schikane von Streikenden im Einzelhandel (S. 3) und das etwas engstirnige Verständnis politischer Bildung in den Schulen (S. 7). Damit Ihr Euch beim Lesen nicht nur ärgert, berichten wir ebenso vom Erfolg der Beschäftigten bei CFM (S. 4), der Servicetochter der Berliner Charité, und warten mit gleich drei Buchempfehlungen für die anstehende Urlaubszeit auf (S. 8, 13, 16), darunter sogar mal die sogenannte schöne Literatur.

Wir wünschen anregende Lektüre!

Zweite Welle im Gesundheitsbereich

Ende des heftigen Tarifkampfs bei der Berliner CFM - von Johannes Specht*

Mit 78 Prozent Zustimmung in der Urabstimmung haben die ver.di-Mitglieder bei der Berliner »Charité Facility Management« (CFM) den ausgehandelten Tarifkompromiss angenommen. Damit endet einer der längsten und härtesten Arbeitskämpfe des laufenden Jahres: Zu 45 Streiktagen wurden die Beschäftigten des hundertprozentigen Tochterunternehmens des landeseigenen Großklinikums Charité in Berlin aufgerufen, und bis zuletzt war die Streikbeteiligung stabil und hoch.

Die etwas über 3.000 Beschäftigten der CFM an den drei Hauptstandorten Virchow, Benjamin-Franklin und Mitte arbeiten fast ausschließlich für die Charité – in der Reinigung der Zimmer, Flure, Toiletten und OPs, in der Sterilisation, der Betriebs- und Medizintechnik, dem Lager und der Logistik, im Krankentransport und in den Küchen, in der Sicherheit, der Pflege der Außenanlagen und für das Gebäudemanagement. Ihre Arbeit ist Grundlage dafür, dass das größte Uni-Klinikum Europas überhaupt funktioniert – aber sie waren Beschäftigte zweiter Klasse. 2006 fasst die Charité mehr als hundert kleine und größere extern vergebene Dienstleistungen zusammen, gliederte weitere Bereiche aus und gründete als nunmehr einziges Subunternehmen, das ausschließlich für die Charité arbeitet, die CFM.

Die Ausgliederung von Teilen des Kernbetriebs der Charité in das Subunternehmen CFM folgte dem nicht nur im Gesundheitsbereich bekannten Muster: Lohnkosten werden gedrückt, die Arbeitsbedingungen verschlechtert.

Bei der CFM wurde nach wochenlangen Streiks im Jahr 2011 ein erster »Mindestlohn-Tarifvertrag« durchgesetzt, der 8,50 Euro als untersten Einstiegslohn festlegte (statt zuvor 6,50 Euro). 2020 folgte ein Haustarifvertrag mit zum Teil deutlich schlechteren Bedingungen, als sie im Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Bundes und der Kommunen (TVöD) gelten – das sind individuell bis zu 800 Euro Monatsbrutto weniger für die Beschäftigten, viele von ihnen sind Frauen, die meisten migrantisch. Die Charité selbst ist im TVöD und wurde in der letzten bundesweiten Tarifrunde bestreikt. Das Ergebnis ist bekannt: Lohnerhöhungen von drei Prozent (mindestens aber 110 Euro) ab April 2025, und weiteren 2,8 Prozent ab Mai 2026, ein zusätzlicher Urlaubstag ab 2027 und weitere Verbesserungen – bei einer Laufzeit von 27 Monaten.

Basisarbeit zahlt sich aus

Das Erreichen der Löhne – und der Arbeitsbedingungen des Manteltarifvertrags – des TVöD war seit 20 Jahren das Ziel der ver.di-Aktiven im Betrieb. Nach vergangenen, nicht erfolgreichen Tarifrunden an der CFM rückte das aber in immer weitere Ferne. Der Landesfachbereich C von ver.di (Gesundheit, Soziale Dienste, Bildung und Wissenschaft in Berlin-Brandenburg) und die aktiven Betriebsgruppen bei der CFM wie auch die kampagnenerfahrenen Kolleg:innen bei der Charité wollten nun nochmal die große Forderung aufstellen und mit Streiks durchsetzen. Hierzu waren umfangreiche Vorbereitungen notwendig, geplant wurde mit viel Einsatz an Material, Personal, zusätzlichen Organizer:innen, klaren strategischen Plänen zum Vorgehen und Aufbau der Tarifrunde. Denn klar war von Beginn an: Eine Angleichung der Entgelte an die Charité, also die Rückkehr in den TVöD, wäre mit einem erheblichen Anstieg der Personalkosten für die CFM verbunden – und würde sich daher nicht durch gute Argumente oder geschickte Verhandlungen erreichen lassen, sondern nur über einen harten und vermutlich langen Arbeitskampf. Etwas anderes anzunehmen, wäre wohl naiv gewesen.

Das wurde von den ver.di-Sekretär:innen und den unterstützenden zusätzlichen Organizer:innen auch genau so ausgesprochen: »Wenn wir zusammen den TVöD wollen, dann geht das nur mit harten Streiks. Und das werden wir nur mit vielen und aktiven Mitgliedern erreichen. Machst Du mit?« Kernelemente der CFM-Tarifbewegung waren eine offene Kommunikation und große Bemühungen um Transparenz und Mitsprache der Beschäftigten beim Vorgehen und den einzelnen Entscheidungen, bei der Forderungserarbeitung, der Vor- und Nachbereitung der Verhandlungstage sowie der sehr kleinteiligen Informationsarbeit in Einzelgesprächen in den Krankenhausgängen.

Ein weiteres Kernelement bestand darin, schon lange vor dem Beginn der eigentlichen Verhandlungsphase Informationsketten aufzubauen, große digitale Messenger-Kanäle anzulegen und sogenannte »Bereichsdelegierte« zu finden und zu motivieren. Jede der vielen, sehr kleinteiligen Arbeitseinheiten sollte selbst organisieren, wer zu den Abstimmungstreffen geht, um dort die eigenen (Gruppen-)Belange einzubringen und die Informationen aus den Verhandlungen wieder an die Kolleg:innen zurückzugeben. Die Bereichsdelegierten waren der Schlüssel zur Streikteilnahme – ganze Teams an Reinigungskräften, Handwerker:innen und Transportdiensten kamen geschlossen zu den Streiks. Oft waren es migrantische Beschäftigte, die sich (manchmal erstmalig) aktiv in die Streiks einbrachten und für die Organisierung ihrer Kolleg:innen einsetzten.

Der offene, um Transparenz bemühte Prozess war aufwändig. Aber vermutlich legte er das Fundament für die lange Streikphase und den erfolgreichen Tarifabschluss. Denn es gibt auch Kritik von Beschäftigten an dem Abschluss und es gab starke Vorbehalte gegen ver.di, die sich aus den vergangenen, nicht erfolgreichen Tarifkämpfen an der CFM speisten. Fast 80 Prozent Zustimmung zu dem Tarifkompromiss in der Urabstimmung sind vor diesem Hintergrund ein gutes Ergebnis – auch die Kritiker:innen konnten sich äußern und hautnah miterleben, dass um den Abschluss hart gerungen und für die Diskussion und Entscheidungsfindung viele Kommunikationswege und -anlässe geöffnet wurden.

CFM, Charité und die Berliner Landesregierung

Die Charité gehört dem Land Berlin. Noch im aktuellen Koalitionsvertrag der schwarz-roten Regierung unter Kai Wegner (CDU) konnte ver.di durch viel Druck erreichen, dass die Angleichung der Entgelte der CFM (und des kommunalen Krankenhauskonzerns Vivantes) an den TVöD als Ziel festgeschrieben wurde und im Haushalt sogar 400 Millionen Euro für die kommenden zehn Jahre dafür reserviert wurden. Aber das war schon vor dem Start der Tarifrunde Schnee von gestern: Kai Wegner und die Landesregierung kürzen massiv, quer durch viele Bereiche – die tarifliche Angleichung der CFM an den TVöD sollte nach dem Willen des schwarz-roten Senats ebenfalls unter den Tisch fallen. So war der Tarifkonflikt nicht nur auf den Aufbau einer breiten und streikbereiten betrieblichen Basis, sondern explizit auf öffentlichen Druck ausgerichtet – auf Sichtbarkeit in Berlin, auf direkte Konfrontation der Regierenden mit den streikenden CFM-Beschäftigten bei vielen Veranstaltungen oder öffentlichen Auftritten sowie auf Bündnis- und Netzwerkarbeit.

Ab Mitte Februar 2025 wurde verhandelt, ab dann wurden mit wenigen Wochen Abstand weitere Verhandlungsrunden zwischen der CFM-Geschäftsleitung und der ver.di-Tarifkommission durchgeführt, alles aber noch ohne den großen Durchbruch. Die ver.di-Tarifkommission und die vielen hundert in den Diskussions- und Entscheidungsprozess eingebundenen ver.di-Mitglieder an der CFM setzten im März die Urabstimmung an, bei der sich 99,3 Prozent für den Streik aussprachen. Seitdem lief, mit einer kurzen Unterbrechung, der unbefristete Arbeitskampf. Die Streikbeteiligung war gleichbleibend hoch, so dass die Auswirkungen des Streiks unübersehbar wurden – verdreckte Toiletten, Technik, die versagte, zugemüllte Gänge.

Parallel zum Erzwingungsstreik wurde weiter verhandelt, und Ende April kam ein erstes Angebot des Arbeitgebers: 18 Prozent Lohnerhöhung auf die CFM-Tabelle, allerdings auf drei Jahre gestreckt. Das hätte weder die massiven Reallohnverluste der vergangenen Hochinflationszeit ausgeglichen, noch die Lücke zum TVöD ernsthaft verkleinert. Zudem wurde die Überführung der CFM-Eingruppierungen in die Tarifsystematik des TVöD, von der sich viele Beschäftigte deutliche Lohnsteigerungen erhofften, vom Arbeitgeber weiterhin kategorisch abgelehnt. Die Streikenden der CFM, die mittlerweile in ihre vierte

Streikwoche gingen, blieben bei der Forderung: »100 Prozent TVöD« – und streikten weiter.

Einigung und Bewertung

Im Juni gelang dann in einem mehrtägigen Verhandlungsblock der entscheidende Durchbruch: Das Ziel einer Angleichung an den TVöD wurde auch von der CFM- Geschäftsleitung akzeptiert, erreichbar in mehreren Stufen bis 2030, ebenso die Eingruppierung aller Beschäftigten in die Entgeltgruppen des TVöD. Knapp 1.000 ver.di-Mitglieder der CFM hatten in der ersten Urabstimmung im April über den unbefristeten Arbeitskampf abgestimmt, etwa genauso viele haben sich an der zweiten Urabstimmung beteiligt. 78 Prozent stimmten der Einigung zu. Das ist eine breite Mehrheit. Ein knappes Viertel war jedoch unzufrieden mit dem Kompromiss und dürfte sich gefragt haben: »Warum streiken wir nicht einfach weiter, bis wir unser aufgestelltes Ziel auch wirklich erreicht haben?«

Wäre tatsächlich mehr drin gewesen? Das ist fraglich, auch wenn 45 Streiktage und die sehr kämpferische Stimmung beeindruckend sind. Hätten sich auch fünfzig, sechzig oder noch mehr Streiktage mit ungebrochener Wucht durchhalten lassen? Oder wäre die Beteiligung dann schleichend abgesunken, zumal das Streikgeld den entgangenen Lohn nur zum Teil abdeckt und einige Streikende in finanzielle Not geraten wären?

Der ver.di-Tarifkommission war bewusst, dass es ohne harte Auseinandersetzung keinen Tarifabschluss geben würde. Aber ebenso wurde im Verlauf der Tarifbewegung klar, dass es den »TVöD für alle an der Spree« angesichts der teils hohen Abstände in den Monatslöhnen zwischen CFM-Tabelle und TVöD wohl kaum sofort geben würde. Daher der Kompromiss, der nicht alle ver.di-Forderungen umfasst und mit der Laufzeit bis 2030 lang ausfällt.

Eckpunkte des Tarifabschlusses

Bis zum 1. Januar 2030 erfolgt eine Angleichung an den TVöD in insgesamt fünf Schritten. Zuerst werden 88 Prozent des TVöD-Niveaus erreicht, rückwirkend ab Juni 2025. In vier weiteren Steigerungsstufen geht es dann bis zur TVöD-Tabelle. Die zukünftigen Tariferhöhungen im TVöD werden somit automatisch auf die CFM-Beschäftigten übertragen, auf der Grundlage der ausgehandelten Eingruppierung aus dem letzten Verhandlungsblock.

Bis zuletzt war der große Knoten in den Verhandlungen die Eingruppierung aller Beschäftigten der CFM in die Tarifstruktur des TVöD: Welche bestehende CFM-Tarifgruppe aus dem Haustarifvertrag soll in welche Entgeltgruppe des TVöD überführt werden? Hier wurden, so schätzt es die Tarifkommission ein, gerade in den letzten Verhandlungstagen und -nächten noch wichtige Erfolge erzielt und einzelne Berufsgruppen in höhere TVöD-Eingruppierungen gehievt, z.B. die Handwerker:innen. Genauso gibt es aber Eingruppierungen in den TVöD, bei denen der Arbeitgeber blockiert hat. In diesen Gruppen sind wohl relevante Teile derjenigen ver.di-Mitglieder zu finden, die in der Urabstimmung mit Nein gestimmt haben, weil sie eine um ein oder zwei Entgeltgruppen höhere TVöD-Eingruppierung erwartet haben, darunter Teile des Kranken- und Wirtschaftstransports.

Mit der ersten Lohnerhöhung ab Juni 2025 gab es bald nach dem Tarifabschluss für viele mehr Geld. In der größten Berufsgruppe, der Reinigung, sind das in der Spitze 460 Euro monatlich (für eine OP-Reinigungskraft mit sechs Jahren Betriebszugehörigkeit). Während der Laufzeit des Tarifvertrags bis 2030 kommen dann die schon vereinbarten Lohnerhöhungen aus dem diesjährigen TVöD-Abschluss dazu und die zukünftigen ab 2027. Die Bandbreite, wie viel mehr Geld die Beschäftigten bekommen, ist groß. Das hängt an den verschiedenen Berufsgruppen, die bisher einen unterschiedlich großen Abstand zu den TVöD-Entgelten hatten. Ein Handwerker,

dessen Entgelt nach CFM-Haustarifvertrag schon nahe am TVöD war, wird beispielsweise im ersten Schritt, der TVöD-Eingruppierung zum Juni 2025, weniger als hundert Euro mehr bekommen. An den zukünftigen TVöD-Steigerungen aber partizipieren alle.

Wenig beachtet blieb bisher ein *big point*, der erkämpft wurde: zwei zusätzliche Urlaubstage für ver.di-Mitglieder. Die vielleicht größte Niederlage des Abschlusses aber ist es, dass die Regelungen des Manteltarifvertrags der CFM nicht an den TVöD angepasst wurden. Hier hat der Arbeitgeber sehr stark gemauert. Im Ergebnis ist der Manteltarifvertrag der CFM bis Ende 2029 verlängert worden und fällt somit auch für die nächsten Jahre als Tarifkampfthema aus.

Die Forderung »100 Prozent TVöD« ist somit in der Frage des Lohns erreicht worden, in den Mantelthemen nicht. Hier ist die Situation aber auch deutlich differenzierter, so gibt es einzelne Regelungspunkte (z.B. bei Zuschlägen), in denen der Mantel der CFM besser ist als der des TVöD. Im Herbst will ver.di mit den CFM-Aktiven beratschlagen, wie es nun nach dem großen Kampf weitergehen kann. Auf der Agenda stehen: die Betriebsratswahlen 2026; die Frage, wie sich die vielen in der Tarifbewegung neu gewonnenen Mitglieder und Aktiven halten lassen; schließlich die Aufgabe, eine weitere große Tarifbewegung zur Manteltarifangleichung ab 2030 aufzubauen.

Berliner Bewegung mit bundesweitem Pilotcharakter?

Im Gesundheitsbereich begann der Umstieg auf Werkverträge und Subunternehmertum in den 2000er Jahren. Servicegesellschaften wurden ausgegliedert, ganz explizit, um damit Lohnkosten zu sparen, weil deren Beschäftigte teils deutlich unterhalb des Niveaus der Mutterhäuser bezahlt werden. Der Abschluss bei der CFM ist nicht der erste »Angleichungs-Tarifvertrag«, einzelne Beispiele dafür gibt es schon an (kleineren) Kliniken. Aber der Erfolg an der großen und bekannten Charité kann möglicherweise als Pilot dienen, an dem sich Tarifbewegungen an anderen Kliniken orientieren können. Das würde umfassen: die Rückholung der Service-Töchter, ein Ende der Zweiklassengesellschaft an den Kliniken, eine klare Streikfokussierung, die lange Vorbereitungszeit sowie die eingesetzten Organisierungsmethoden.

So könnte es eine zweite große Welle von Auseinandersetzungen im Gesundheitsbereich geben: Nach dem Kampf für Entlastungstarifverträge, in denen es zentral um die (ausreichende) Besetzung der Schichten ging, und in denen viele Erfahrungen mit Streikfähigkeit und -möglichkeiten an Kliniken gesammelt wurden, käme jetzt die Rückholung der Subunternehmen. Das würde weit über Haustarifkämpfe und den Gesundheitsbereich hinausweisen. Tarifflucht und Lohndumping mittels Werkverträgen durch Tarifkämpfe bei den Subunternehmen angehen – das ist eine tarifpolitische Aufgabe.

Und gleichzeitig ist es eine Forderung an die Bundespolitik: 2021 wurde vom damaligen Bundestag das Verbot von Werkverträgen und Leiharbeit in der Fleischwirtschaft (»Arbeitsschutzkontrollgesetz«) durchgesetzt. Aktuell wird diskutiert, etwas Vergleichbares für die Zusteller- und Paketbranche auf den Weg zu bringen. Und bis Dezember 2026 muss die Bundesregierung die Umsetzung der EU-Plattformarbeitsrichtlinie angehen, die sich mit dem Arbeitnehmerstatus etwa bei Lieferdiensten befasst. Hier fordern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften harte Regulierungen, unter anderem gegen das Subunternehmertum, das zu Lohndumping führt und Mitbestimmung wie Tarifkämpfe verhindert. Lässt sich in den nächsten Monaten hier ein Möglichkeitsfenster öffnen, um in der Frage von Outsourcing und Werkvertragsunwesen durchgreifende gesetzliche Regelungen zu fordern?

Unrealistisch? Zukunftsmusik? Der CFM-Konflikt zeigt, dass ein als nahezu aussichtslos geltendes tarifliches Großprojekt – mit viel Aufwand – zu einem erfolgreichen Ende geführt werden kann.

** Johannes Specht war 15 Jahre lang Gewerkschaftssekretär der NGG, zuletzt als Leiter der Tarifabteilung beim Hauptvorstand. Seit Juli 2024 forscht er am WSI der Hans-Böckler-Stiftung zu Tarifbewegungen im Niedriglohnbereich.*

Antipasti

Schluss mit Diversity

Geunkt wurde in den letzten Jahren viel über das *woke capital*, über Werbekampagnen, die mit politischer Haltung auftrumpften, und unternehmensinterne Diversitätsprogramme. So richtig die Kritik war, dass es dabei selbstverständlich immer nur ums Geldverdienen ging – wenn der progressive Anstrich nicht mehr beim Geldverdienen hilft, ist das auch nicht besser.

In den USA fahren Unternehmen seit Längerem ihre Antidiskriminierungsprogramme zurück, die dort unter dem Namen *diversity, equity, and inclusion* (DEI) bekannt sind. Dazu gehören unter anderem Google, Meta, Disney, Ford, Amazon und T-Mobile. Sie sorgen sich darum, so heißt es übereinstimmend in ihren Erklärungen, andernfalls in Konflikt mit den US-Regulierungsbehörden zu geraten. Im Mai kündigte nun auch der deutsche Softwarekonzern SAP an, sich von der beschlossenen Frauenquote in der Belegschaft zu verabschieden und Programme für Geschlechtervielfalt zu streichen. Mit beidem hatte er bisher geworben. So fix kann es vorbei sein mit der progressiven Haltung, die vorgestern noch zur unternehmerischen Mission erklärt wurde.

Quellen: Handelsblatt, Forbes

Wo ist mein Mantel hin?

Wird ein Tarifvertrag gekündigt, dann heißt das in der Regel, dass es bald einen neuen gibt, und dass der viel Besseres bereithält als der vorherige. Manchmal kommt es aber vor, dass ein Arbeitgeberverband einen Tarifvertrag auslaufen lässt und man dafür kämpfen muss, ihn wiederzubekommen. So ging es den 100.000 Beschäftigten der Druckindustrie, für die ver.di Ende März den Manteltarifvertrag wieder in Kraft gesetzt hat.

Seit der alte Manteltarifvertrag ausgelaufen war, konnten die Arbeitgeber bei Neueinstellungen oder mit einer Änderungskündigung schlechtere Arbeitsbedingungen durchsetzen. Das geht nun nicht mehr. Ein weiterer Erfolg: Das Ansinnen des Arbeitgeberverbands, eine freiwillige Erhöhung der Wochenarbeitszeit um bis zu drei Stunden in den Tarifvertrag aufzunehmen, wurde abgewehrt. Geht doch mit dem Nein zur Arbeitszeitverlängerung.

Quellen: ver.di Tarifinfo Druckindustrie, ver.di Mainletter Juni/Juli

Verleger machen Rückzieher

Nach einem Jahr Tarifkampf, acht Verhandlungsrunden und Warnstreiks in 27 Verlagen schien es endlich voran zu gehen: Im Mai einigten sich die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in ver.di (dju) und der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) mit dem Verband der Zeitungsverleger vorläufig auf eine Tariferhöhung. Der Arbeitgeberverband ließ die Einigung aber noch innerhalb der Widerspruchsfrist platzen.

Die Tarifkommission der dju hatte dem Ergebnis bereits zugestimmt, das eine durchschnittliche Lohnerhöhung um 8,6 Prozent bei einer Laufzeit bis Mai 2027 bedeutet hätte. Doch die Zeitungsverleger stellten im letzten Moment neue Forderungen: Das Urlaubsgeld sollte gekürzt und die Berufserfahrung bei anderen Medien in der Eingruppierung nicht anerkannt werden. Beide Gewerkschaften hatten zuvor klargemacht, dass sie diese Ansinnen nicht akzeptieren würden.

Nun geht es also weiter, am 18. Juli steht die mittlerweile zehnte Verhandlungsrunde an. Derweil schreitet die Tarifflucht in der Branche weiter voran, während der Druck auf Journalist:innen wächst, weil viele von ihnen sowohl Print- als auch Online-Kanäle betreuen müssen. Bisher sperrt sich der Arbeitgeberverband auch gegen verbindliche Regelungen zum Einsatz von Künstlicher Intelligenz in den Redaktionen, die die dju fordert.

Quelle: ver.di Tarifinfo Zeitungsredaktionen

Von China in den Hunsrück: ein Grund zum Feiern?

Arbeitsplätze sind Arbeitsplätze. Der IG Metall ist es gelungen, rund 300 davon zu erhalten beim Automobilzulieferer »Boge Elastmetall« im rheinland-pfälzischen Simmern. Geplant war, dass der Standort Ende 2026 dicht macht – so hatte es der chinesische Mutterkonzern »China Railway Rolling Stock Corporation« (CRRC) entschieden. Dagegen wehrten sich die Beschäftigten, die zu sage und schreibe 98,3 Prozent in der IG Metall organisiert sind.

Bisher wurden in Simmern Motor- und Fahrwerkslager für Verbrennerautos produziert. Betriebsrat und Gewerkschaft hatten immer wieder auf eine ökologische Transformation gedrängt, die den Standort zukunftsfähig macht. Die ist nun tatsächlich gelungen. Bis 2027 sind betriebsbedingte Kündigungen ausgeschlossen, 250 Stellen, davon fünf Ausbildungsplätze, sind garantiert. CRRC hat zugesagt, mindestens sieben Millionen Euro zu investieren sowie eine weitere Million für die Qualifizierung der Beschäftigten bereitzustellen. Zukünftig werden in Simmern Eisenbahnersatzteile sowie Silikon-, Gummi- und Kunststoffteile gefertigt. Die Transformation ist gelungen: Statt für Verbrennerautos wird nun für die Eisenbahn produziert.

Der Haken: Die Arbeitsplätze in Simmern ließen sich nur sichern, weil die Herstellung der Teile aus China nach Rheinland-Pfalz verlagert wird. Was wohl die chinesischen Kolleg:innen davon halten? Man kann es nicht ignorieren: Den Standorterhalt gibt es nur in der internationalen Konkurrenz. Man könnte aber schon darauf verzichten, die Investitionszusage zu bewerben mit der Schlagzeile »Verlagerung mal andersrum – von China nach Simmern«. Ist das wirklich ein Grund zum Jubeln?

Quelle: Website der IG Metall

»Betreuungsstreik« führt zu ersten Erfolgen

Die wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen am Institut für Soziologie der Universität Göttingen stellen ihren »Betreuungsstreik« vorerst ein (siehe *express* 4/2025, S. 19), nachdem an der Fakultät für Sozialwissenschaften vier neue, unbefristete Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter:innen bewilligt wurden. Im Februar 2025 hatten die wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen am Institut für Soziologie geschlossen entschieden, keine Bachelor- und Masterarbeiten mehr zu betreuen, um die Universität unter Druck und ihrem eigenen Stress ein Ende zu setzen. Student:innen konnten sich für eine Betreuung ihrer Arbeiten nur noch an die Professor:innen wenden. Damit hatten die Kolleg:innen Wissenschaftler:innen gegen die Abwälzung der Betreuungsaufgaben auf die (in Göttingen zu 85 Prozent!) befristet beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen protestiert und sich für die Umwandlung befristeter in unbefristete Beschäftigungsverhältnisse eingesetzt.

Auf der Institutsversammlung, auf der statusgruppenübergreifend und einstimmig beschlossen wurde, den Betreuungsstreik vorerst einzustellen, wurde ebenso eine Absichtserklärung beschlossen, die vorsieht, gute Arbeitsbedingungen an Institut und Fakultät zu erreichen. Bis zur nächsten Institutsversammlung im Dezember gibt es einen Verständigungsprozess, in dem über die Schaffung entfristeter Stellen und guter Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft beraten wird. Der erste Betreuungsstreik an einer deutschen Universität ist erfolgreich beendet worden – und kann ja vielleicht anderen als Vorbild dienen.

Quelle: ver.di Süd-Ost-Niedersachsen

Qualifizierung lohnt sich – nur für wen?

Der Deutsche Schutz- und Wachdienst (DSW), dessen fast 1.500 Beschäftigte das Gepäck der Fluggäste am Düsseldorfer Flughafen kontrollieren, hat ein ganz eigenes Modell entwickelt, um Extraprofite zu machen. Wer neu beim Unternehmen anfängt, muss die betriebseigene Ausbildungsakademie durchlaufen. Dafür verlangt die Sicherheitsfirma bis zu 6.000 Euro Gebühr – dann jedenfalls, wenn die Agentur für Arbeit die Kosten übernimmt. Wer die Qualifizierung selbst zahlt, kommt mit 2.000 Euro deutlich günstiger weg.

Die meisten Beschäftigten werden sachgrundlos auf zwei Jahre befristet. Für den DSW ist das lukrativ, denn so müssen immer wieder neue Leute die Ausbildungsakademie durchlaufen – und sie selbst oder der Staat, also die Gesellschaft, dafür blechen.

Quelle: ver.di publik 3/2025

Wie steht es um die Demokratie im sächsischen Betrieb?

Eine Bestandsaufnahme mit vorsichtig positivem Ausgang – von Renate Hürtgen*

Seit 2021 gibt das Leipziger Else-Frenkel-Brunswik-Institut (EFBI) zum Thema »Demokratie in Sachsen« ein Jahrbuch mit den neuesten Forschungsergebnissen heraus. Es enthält stets auch einen Beitrag, in dem nach demokratischen Erfahrungen, Erwartungen und Praxen in sächsischen Betrieben gefragt wird. Erfreulicherweise hatte sich in der Forschung wohl sehr schnell der Gedanke durchgesetzt, dass die Erwerbsarbeit und der betriebliche Raum höchst bedeutsam sind für die gesellschaftliche Integration und die soziale Identität.

Die »Ameise«, die »einen Befehl empfängt und ausführt«

Sophie Bose und Jakob Köster, die Autor:innen des Beitrags aus dem ersten Jahrbuch, haben in den Jahren 2017 und 2018 Interviews mit Beschäftigten im Versandhandel Sachsens geführt, die gewerkschaftlich organisiert waren, und mit Langzeiterwerbslosen, die in einem Stadtteilzentrum aktiv waren. Sie wollten herausfinden, ob und wie sich ihr Engagement auf die gesellschaftliche Selbstverortung sowie die Wahrnehmung der Veränderbarkeit von Gesellschaft und der eigenen Handlungsfähigkeit auswirkt.

Das Ergebnis war ernüchternd. Selbst bei den engagierten Gewerkschafter:innen herrschte Frust über ihre als monoton und sinnlos empfundene Arbeit und es bestand das Gefühl, keinen Einfluss auf die »große Politik« nehmen zu können. Die Interviewer:innen fanden lediglich »Rudimente eines traditionellen Produzentenstolzes« vor. Bei den befragten Langzeitarbeitslosen dominierte das Gefühl der Demütigung und Fremdbestimmung. Zur Erinnerung: 2017/18 hatte sich zwar die Lage am Arbeitsmarkt im Osten verbessert und die Erwerbslosenquote war auf sechs Prozent gesunken, lag jedoch immer noch über der im Westen. Der durchschnittliche Lohnrückstand zu Westdeutschland betrug 2020 knapp 17 Prozent. Nur 39 Prozent der sächsischen Beschäftigten waren durch einen Tarifvertrag geschützt, die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften also gering. Die politischen Einflussmöglichkeiten der Beschäftigten ebenfalls.

Dass sich unter solchen Bedingungen ein Gefühl der Ohnmacht und des Verlassenseins von der »großen Politik« breit macht, ist ein Ergebnis dieser Forschung. Berechtigt war die Befürchtung, die ostdeutschen Arbeiter:innen könnten sich vermehrt dem Rechtsextremismus zuwenden. Etwas anders sähe es in der kleinen, fast familiären Welt der Gewerkschaftsaktivist:innen und der Stadtteilarbeiter:innen aus. Hier gäbe es »Ansätze von Solidarität, Teilhabe und Selbstwirksamkeit« (S. 99), was die Autor:innen des Beitrags zu der Forderung führte, solche Orte und Organisationen unbedingt zu stärken. Wie wahr, lässt sich fünf Jahre später und angesichts von 42 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder, die in Ostdeutschland die AfD wählen, hinzufügen.

»Aufbruch Ost in der Arbeitswelt?«

Ein Jahr später schlug Sophie Bose im Jahrbuch 2022, diesmal gemeinsam mit Andre Schmidt, einen ganz anderen Ton an. Die Autor:innen beobachteten inzwischen eine bemerkenswerte Welle von Arbeitskämpfen in ostdeutschen Betrieben, insbesondere in Sachsen. Deshalb fragten sie, inwiefern diese Mobilisierung demokratisierend auf die politische Kultur in Sachsen wirken könne.[1] Zu dieser Zeit hieß es: Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Lage hätten sich im Osten konsolidiert, das Selbstbewusstsein der ostdeutschen Arbeiter:innen sei gestärkt worden[2] und »die Gewerkschaften wiederum setzten bei der Suche nach Wegen aus ihrer strukturellen Krise seit einigen Jahren verstärkt auf Beteiligungsorientierung und höhere Konfliktbereitschaft« (S. 275). Es war klug, dass die Autor:innen dieser euphorischen Situationsbeschreibung selbst aber auch eine Reihe von Argumenten entgegenhielten; im Rückblick wissen wir, dass sich der Aufbruch nicht wie gehofft verstetigt hat. Dennoch: Dass sich seit 2019 nicht nur die Forschung, sondern zeitgleich diverse linke Gruppen inner- und außerhalb von Gewerkschaften und Parteien der ostdeutschen Arbeiterschaft zugewandt haben, hat diesen kurzzeitigen »Aufbruch« ganz sicher gestärkt.

Im Beitrag von 2022 änderte sich mit den ausgewählten Interviewpartner:innen auch die Perspektive auf die Situation im sächsischen Betrieb. Diesmal wurden nicht aktive Gewerkschafter:innen, auch nicht Erwerbslose aus Stadtteilzentren befragt, sondern Hauptamtliche von vier Gewerkschaften und dem DGB. Es liegt in der Natur der Sache, dass die angestellten Gewerkschaftsfunktionäre als Organisatoren des gewerkschaftlichen Kampfes einen anderen Blick auf die arbeitsweltliche Mobilisierung warfen als diejenigen, die organisiert werden sollten. So wundert es nicht, dass alle Befragten ausführlich über ihre Erfahrungen mit »antidemokratischen Beharrungskräfte(n) der politischen Kultur in Sachsen« und dem »sächsischen Patriarchalismus« (S. 277) berichteten, von politischer Entfremdung und dem Frust der Belegschaften, von der immer stärker werdenden rechtsextremen Raumnahme im Betrieb. Unter diesen Bedingungen eine gewerkschaftliche Mobilisierung zu organisieren, schien fast aussichtslos. Wie ließe sie sich dennoch erreichen?

Wie raus aus der Ohnmacht?

Oder anders gefragt: Warum sind die ostdeutschen »Arbeitnehmer:innen« so wenig mobilisierbar? In der Demokratieforschung gibt es den Begriff der politischen »Deprivation« – das meint, jemand erlebt vor allem Einflusslosigkeit, Ohnmacht und Kontrollverlust. Der Beitrag im Jahrbuch 2023 von Andre Schmidt, Sophie Bose und Johannes Kiess beschreibt die Facetten der Erfahrungen, die sächsische Beschäftigte mit »Deprivation« gemacht haben, betriebliche Alltagserfahrungen, die zu einem ausgeprägten Gefühl der Ohnmacht und des Fatalismus beitrügen. Die speziellen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen hätten solche Ohnmachts-Erfahrungen noch verstärkt: Sachsen als Niedriglohnland mit geringer Tarifbindung, mit Menschen, die in einfachen, oft prekären Berufen arbeiten und immer noch ein geringeres Einkommen als ihre Kolleg:innen im Westen haben. Hinzu käme ein besonders patriarchaler und autoritärer Unternehmertyp, hierarchisch und mitbestimmungsfeindlich, der sich vor allem in Sachsen etabliert hat. Alles in allem keine guten Voraussetzungen, um selbstbewusst für die eigenen Interessen zu kämpfen. Vielmehr würde jede Entscheidung, sei es aus der Politik oder von Gewerkschaftsvorständen, eine fatalistische Haltung verstärken, die »da Oben« machten ohnehin, was sie wollten.

Es ist ein Verdienst dieser Studie, dass ihr Schwerpunkt auf den sozialen, politischen und gewerkschaftlichen Bedingungen lag und nicht mit mentalen Zuschreibungen gearbeitet wurde, die die ostdeutschen Beschäftigten etwa auf ihre Rolle als »Arbeitsspartaner« festnageln, welche besonders diszipliniert, leidensfähig, genügsam und fleißig seien. Am Ende des Beitrags formulierten die Autor:innen (vorsichtig): Mitbestimmung und Teilhabe seien der einzige Ausweg aus dem Dilemma. Mehr Partizipationsmöglichkeiten, mehr Erfahrungen von Selbstermächtigung, auch in der gewerkschaftlichen Arbeit, könnten »dem Gefühl von Fremdbestimmtheit und Ohnmacht begegnen« (S. 151).

»Besser als gerührt sein ist sich rühren«[3]

Um solche »Potenziale von gewerkschaftlicher Organisierung und betrieblichem Konflikt in Sachsen« geht es im Beitrag des aktuellen Jahrbuchs 2024. Andre Schmidt, Jonas Ochsmann, Johannes Kies und Sophie Bose haben diesmal Streiks in der Nahrungsmittelindustrie Sachsens wissenschaftlich begleitet, Interviews und Gruppendiskussionen geführt. Sie kommen zu dem Ergebnis, dass solche betrieblichen Erfahrungen »eine demokratisierende Wirkung auf Sachsen entfalten« (S. 85).

Die Rückwirkung von Streiks auf die Gesellschaft insgesamt, so meine Lesart, ist jedoch kein Selbstläufer, sondern hängt maßgeblich vom Charakter der betrieblichen Kämpfe ab. Im Falle der erforschten Streiks in vier sächsischen Betrieben fällt den Autor:innen zum einen auf, dass die verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre beteiligungs- und konfliktorientiert vorgegangen sind, sehr transparent und wenig institutionell vermittelt auftraten und stets mit den Belegschaften rückkoppelten, etwa indem »am ›Streikposten‹ unter allen Beteiligten über Angebote der Gegenseite diskutiert oder die Streiktaktik« abgestimmt wurde (S. 93). Das Selbstbewusstsein der Belegschaften sei auch dadurch gestärkt worden, dass es den zuständigen Gewerkschaftssekretär:innen gelungen sei, eine »arbeitspolitische Öffentlichkeit« für diese Kämpfe zu erreichen, Medien und linke Aktivist:innen für ihre Ziele zu interessieren, Demonstrationen in der Stadt zu organisieren und eine solidarische Kollektivität zwischen den Belegschaften der streikenden Betriebe herzustellen. Diese Beteiligungs- und Öffentlichkeitsorientierung habe eine Art »Bewegungscharakter« entfaltet, der die Selbsttätigkeit der Kolleg:innen wecken und insgesamt ihr Selbstwertgefühl stärken konnte.

Auf der diesjährigen Gewerkschaftskonferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung »Gegenmacht im Gegenwind« waren solche Töne ebenfalls unüberhörbar: keine »Hinterzimmergespräche«, Inhalte und Abläufe von Tarifkämpfen nicht vorgeben, sondern auf »Streikversammlungen« mit den Mitgliedern entwickeln, eine Face-to-face-Öffentlichkeit herstellen, den »Kuschelkurs« mit Parteien beenden.[4] Sind das Eintagsfliegen oder tatsächlich erste Erfolge eines auf Organizing und Transparenz beruhenden, neuen gewerkschaftlichen Selbstverständnisses? Wenn diese Entwicklung sich verstetigt, käme das wohl einer kleinen Revolution gleich, die die Rolle der gewerkschaftlichen Vorstände erheblich verändern würde und den Mitgliedern einen bisher unbekannten Einfluss zubilligte. Ohne interne Auseinandersetzungen wird das wohl nicht zu erreichen sein.[5]

Traditionelle Rituale im Rahmen von Tarifkämpfen aufzubrechen, die Rolle der Mitglieder zu stärken und Gewerkschaften als Teil von gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu begreifen, seien – so verstehe ich die Autor:innen des Beitrags im jüngsten Jahrbuch – gute Möglichkeiten, um dem in Ostdeutschland verbreiteten Ohnmachtsgefühl unter den Beschäftigten entgegenzuwirken. Davon, dass sich auf diese Weise das Problem der rechten Anhängerschaft erledigen würde, gehen sie selbstredend nicht aus. Dennoch: Selbstbewusste und nicht ohnmächtige Arbeiter:innen, die nach ihrer Meinung gefragt werden, die gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Anerkennung finden, sind wohl weniger anfällig für rechte Angebote. Das ist die kleine Hoffnung, die sich mit einer derart veränderten gewerkschaftlichen Praxis verbindet.

** Renate Hürtgen ist Historikerin, im AK Geschichte sozialer Bewegungen Ost-West und im Haus der Demokratie und Menschenrechte sowie in verschiedenen Basisgruppen aktiv.*

Literatur: Die Artikel in den EFBI-Jahrbüchern

Sophie Bose, Jakob Köster (2022): Skepsis im Großen, Engagement im Kleinen. Demokratisches Engagement in Betrieb und Nachbarschaft in Sachsen. In: Oliver Decker, Fiona Kalckstein, Johannes Kiess (Hrsg.): Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2021, Leipzig: edition überland, S. 87-101.

Sophie Bose, Andre Schmidt (2023): Aufbruch Ost in der Arbeitswelt? Perspektiven sächsischer Gewerkschafter auf die demokratiepolitische Bedeutung arbeitsweltlicher Mobilisierung. In: Oliver Decker, Fiona Kalckstein, Johannes Kiess (Hrsg.): Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2022, Leipzig: edition überland, S. 273-291.

Andre Schmidt, Sophie Bose, Johannes Kiess (2024): Zwischen Fatalismus und Selbstbehauptung. Facetten des Deprivationserlebens von Arbeiterinnen und Arbeitern in Sachsen. In: Oliver Decker, Fiona Kalckstein, Johannes Kiess, Piotr Kocyba (Hrsg.): Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2023, Leipzig: edition überland, S. 131-154.

Andre Schmidt, Jonas Ochsmann, Johannes Kies, Sophie Bose (2025): Wege der Demokratisierung. Was wissen wir über die Potenziale von gewerkschaftlicher Organisierung und betrieblichem Konflikt in Sachsen? In: Oliver Decker, Fiona Kalckstein, Johannes Kiess, Piotr Kocyba (Hrsg.): Demokratie in Sachsen. Jahrbuch des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts für 2024, Leipzig: edition überland, S. 85-103.

Anmerkungen:

1 *Getrennte Angaben zu Streiks in Ost- und Westdeutschland werden vom DGB nicht erhoben. Aufschlussreich ist deshalb diese Information: »Auffallend ist, dass es zwischen Ost- und Westdeutschland in Bezug auf die Streikerfahrung kaum Unterschiede gibt.« Sie liegt bei 16 bzw. 18 Prozent. (Heiner Dribbusch, Marlena Sophie Luth, Thorsten Schulten: WSI-Arbeitskampfbilanz 2022. Streiks als normales Instrument der Konfliktregulierung bei Tarifauseinandersetzungen, WSI-Report Nr. 83, April 2023, S. 18, www.boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-08602.)*

2 *Heute sind 42 Prozent der sächsischen Beschäftigten in Tarifbindung. Sachsen ist damit zwar immer noch ostdeutsches Schlusslicht, dennoch gibt es gegenüber 39 Prozent im Jahr 2020 eine leicht positive Veränderung.*

3 *Aufbaulied der FDJ, 1948, Text: Bertolt Brecht, Musik: Paul Dessau. Brecht forderte darin die Jugend auf, den deutschen Untertanengeist durch eigene Aktivität und Selbstverantwortung zu ersetzen.*

4 *Siehe* express *5/2025, S. 1/2.*

5 *Und tatsächlich lassen sich erste kritische Töne aus den Gewerkschaftsapparaten vernehmen, die die Sorge um Kontrollverlust signalisieren. Vgl. Ulrich Maaz: Eine gefährliche Niederlage. TVöD-Ergebnis abschließend gebilligt, express 5/2025, S. 5.*

Nicht so staatstragend!

Die Demokratisierung der Wirtschaft sollte Thema politischer Bildung sein – von Sascha Regier*

Die Schule gehört nicht zu jenen Bereichen, von denen häufig im *express* zu lesen ist. Schon gar nicht, wenn es nicht um überlastete Lehrer:innen, sondern um deren Schüler:innen geht. Was sie beigebracht bekommen, bevor sie in den Betrieb oder die Hochschule geschickt werden, ist aber wichtig – und umkämpft. Oft wird in der politischen Bildung an Schulen ein Bild von Gesellschaft gepinselt, in dem es weder Kapital noch Arbeit gibt.

Dass die Demokratie in Deutschland durch den erstarkenden Rechtsextremismus und die AfD bedroht ist, gilt in den Sozialwissenschaften und in Teilen der Gesellschaft als common sense. Es wird sich zeigen, wie »wehrhaft« die hiesige Demokratie ist. Wie geht der Staat mit dieser Demokratiegefährdung um? Derzeit wird vor allem auf die schulische und zivilgesellschaftliche politische Bildung gesetzt, um gegen antidemokratische Einstellungen vorzugehen. Doch es zeigt sich, dass diese inhaltlich oftmals am Problem vorbeizielt. Denn äußerst staatstragend wird versucht, die derzeitige Gestalt der »freiheitlich-demokratischen Grundordnung« und die damit einhergehende bürgerliche Eigentumsordnung durch Institutionenlernen zu wahren. Junge Menschen sollen die *vorherrschende* Demokratie als schützenswert erachten. Fragen der Demokratisierung der Demokratie haben hier kaum Platz.

Dass die Demokratie zudem nicht nur durch Einstellungen in der Bevölkerung, sondern auch auf gesellschaftlicher Ebene strukturell durch die kapitalistische Vergesellschaftung bedroht ist (etwa durch die Privatisierung der Öffentlichkeit oder soziale Ungleichheit), wird zumeist ausgeblendet. Diese Ausblendung erfolgt sowohl in der Schule als auch in der außerschulischen politischen Bildung durch staatlich geförderte zivilgesellschaftliche Akteure. Das vom Bundesfamilienministerium getragene Programm »Demokratie leben!« verschreibt sich der Extremismusprävention. Dabei wird im Sinne der Extremismustheorie suggeriert, die Demokratie werde lediglich von Personen oder spezifischen Akteur:innen der politischen Ränder bedroht – staatliche Institutionen und gesellschaftliche Verhältnisse fallen häufig unter den Tisch.

Die vorherrschenden politikdidaktischen Ansätze in der Schule können die Krisen unserer Zeit analytisch nicht einfangen, geschweige denn dazu beitragen, Verwerfungen zu bekämpfen. Das liegt vor allem an ihrem staatszentrierten Demokratieverständnis. Demokratie wird überwiegend als repräsentative Demokratie und damit als Staatsform vermittelt, es wird das Funktionieren von Parlamenten und Parteien erklärt. Es geht nicht darum zu reflektieren, ob Bereiche der Gesellschaft außerhalb der staatlichen Institutionen zu demokratisieren sind, was auch den Bereich der Wirtschaft betreffen würde. Gewerkschaften und (betriebliche) Mitbestimmung kommen in den Lehrplänen nahezu überhaupt nicht vor.

Dabei wurden bereits in der Weimarer Republik Forderungen nach sozialer Demokratie erhoben und begründet, etwa vom sozialdemokratischen politischen Theoretiker Hermann Heller. Er und andere forderten neben liberalen Grundrechten auch soziale Grundrechte ein, darunter ein Recht auf Arbeit und die betriebliche Mitbestimmung. Auch die Diskussion über die – wenigen – heute gesetzlich verankerten sozialen Grundrechte, etwa über das garantierte Existenzminimum, von dem man kaum leben kann, oder die Koalitionsfreiheit in Art. 9 GG fristen in der politischen Bildung ein Nischendasein.

Wahrgenommene Fremdbestimmung begreifen

Der vorherrschende konservative Ansatz politischer Bildung, der darauf setzt, das Bestehende zu erlernen, um es zu bewahren, blendet ferner jüngste Forschungsergebnisse zur nachlassenden Akzeptanz der Demokratie in der Bevölkerung aus. So hat die »Leipziger Autoritarismus-Studie« 2024 empirisch ermittelt, dass von den Befragten in Deutschland nur noch 42,3 Prozent überzeugt sind von der »Demokratie, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert«. 2020 lag der Anteil noch bei 57,6 Prozent, was bereits damals als besorgniserregend galt. Die Studie »Demokratievertrauen in Krisenzeiten« der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2023 zeigt zudem, dass die als »Arbeiter:innenschicht« bezeichnete Bevölkerungsgruppe der vorherrschenden Demokratie – und das bedeutet nicht der Demokratie als Idee! – überproportional weniger als die (obere) »Mittelschicht« vertraut. Folglich hat die Zustimmung zur Demokratie auch etwas mit der Situierung innerhalb der Produktionsverhältnisse, also der sozialen Klasse zu tun, was über die zumeist konstatierte Beziehung zwischen Politikverdrossenheit und Einkommenshöhe der Wahlberechtigten hinausgeht.

In den Betrieben herrscht ein Gefühl der Fremdbestimmung: »Nahmen 2020 nur 10 % der Befragten im Osten wahr, dass sie bei Entscheidungen im Arbeitsalltag übergangen werden«, waren es 2024 schon 30 Prozent, so die Studie »Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland« der Otto-Brenner-Stiftung von 2023. Das Gefühl, nicht gehört zu werden und nicht mitbestimmen zu können, ist Nährboden rechtsautoritärer Einstellungen. Und es zeigt sich auch: Gerade in den Betrieben herrschen weiterhin vordemokratische Verhältnisse. Die Leipziger Autoritarismus-Studie kommt diesbezüglich zum Schluss: »Es ist damit zu rechnen, dass diese negativer werdenden Erfahrungen in der Form eines ›spillovers‹ auf die politische Ebene übertragen werden.« Als Folge der undemokratischen Verhältnisse in der Arbeitswelt werden rechtsautoritäre Parteien gewählt. Demgegenüber zeige sich: »Wenn Beschäftigte [...] statt Ungerechtigkeit und Frustration demokratische Handlungsspielräume wahrnehmen können, stärkt das ihre demokratischen Einstellungen und verringert das Risiko, dass in antipluralistischen Ideologien und dem Ressentiment gegen Andere Kompensation gesucht wird«, so die Studie Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland.

Die Rechte hat Erfolg damit, die Gründe für die zunehmende soziale Ungleichheit zu ethnisieren. Gegen Migration und Geflüchtete gerichtet, behauptet beispielsweise Björn Höcke (AfD), die »neue deutsche Soziale Frage des 21. Jahrhunderts« sei nicht mehr die zwischen »Oben und Unten«, sondern zwischen »Innen und Außen«. Dass die Zunahme der (Erwerbs-)Armut durch kapitalistische Klassen- und Eigentumsverhältnisse bedingt ist, wird verschwiegen.

Genau hier wäre in der politischen Bildung anzusetzen und zu verdeutlichen: Demokratie als Selbstbestimmung ist im Betrieb – strukturell noch stärker als im staatlichen Bereich – massiv beschnitten. In kapitalistischen Gesellschaften wird der Reichtum gesellschaftlich produziert, aber privat angeeignet. Hieraus resultiert soziale Ungleichheit. Daher sollte auch die Demokratisierung der Arbeitswelt verstärkt zum Thema gemacht und die Idee der Demokratie nicht lediglich auf den Staat begrenzt werden. Nicht nur, um dem Rechtsrutsch etwas entgegenzusetzen, sondern auch, um dem strukturellen Problem zu begegnen, dass wesentliche Bereiche, die die Reproduktion einer Gesellschaft sicherstellen, der kollektiven Entscheidungsfindung entzogen sind. Das Eigentum an Produktionsmitteln beschneidet demokratische Mitbestimmung in den Betrieben im Konkreten und der Wirtschaft im Allgemeinen. Damit wird die Demokratie begrenzt.

Ein eigenes Verständnis entwickeln

Mit dem Ausblenden der Arbeitswelt wird das Prinzip der Schüler:innenorientierung verletzt. Denn nach der Schule oder dem Studium finden sich die meisten jungen Menschen in Betrieben als Lohnabhängige wieder – immerhin über 90 Prozent der Erwerbstätigen sind abhängig Beschäftigte –, in denen sie in der Regel auf keine wirklichen Mitbestimmungsmöglichkeiten stoßen.

Für die politische Bildung ist das generelle Spannungsverhältnis zwischen repräsentativer Demokratie und Kapitalismus – und damit die Genese des vorherrschenden liberalen Demokratiemodells – auch historisch zu problematisieren: Nicht nur wurde durch den Parlamentarismus im 19. Jahrhundert die Ausweitung demokratischer Mitbestimmung sowohl durch die Beschränkung des Wahlrechts für die Arbeiter:innenklasse und Frauen als auch – nach Erreichung des allgemeinen Wahlrechts – durch die Beschränkung der Demokratie auf den staatlichen Bereich durchgesetzt. (Damit wurden vor allem die Forderungen der Betriebsrätebewegung – u.a. betriebliche Demokratie und Vergesellschaftung – nach dem Ersten Weltkrieg bekämpft). Auch wurde durch die Institution der Mitbestimmung und des Betriebsrats durch das 1952 beschlossene Betriebsverfassungsgesetz nichts an der strukturellen Begrenzung der demokratischen Mitbestimmung der abhängig Beschäftigten geändert. Das Gesetz verhindert aufgrund des Einflusses der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände sowie reaktionärer Kräfte in der Politik trotz mehrmaliger Novellen bis in die Gegenwart die Einführung gleichberechtigter betrieblicher Mitbestimmungsmöglichkeiten zwischen Kapital und Arbeit in Sektoren außerhalb der Montanindustrie (Kohle-, Stahl- und Eisenindustrie). Die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse bleiben daher bis in die Gegenwart rechtlich unangetastet. Zugeständnisse der Kapitalseite an die Arbeitnehmer:innen sind immer Ausdruck von Klassenkämpfen und bleiben umkämpft – bis heute. Dies müsste politische Bildung ins Zentrum rücken.

Es zeigt sich: Durch die Engführung des Demokratieverständnisses wird das Politische der politischen Bildung von vornherein beschnitten. Wie sollen Schüler:innen ihr Verständnis von Demokratie und Gesellschaftsgestaltung entwickeln, wenn sie keine ergänzenden demokratietheoretischen Vorstellungen kennenlernen und nur auf das bürgerlich-liberale Modell einer repräsentativen Demokratie eingeschworen werden? Dies läuft letztlich auf die Affirmation der gegebenen Herrschaftsverhältnisse und bestehenden Eigentumsordnung hinaus.

Man mag vielleicht einwenden, dass dem Schulwesen an sich eine herrschaftsstabilisierende Funktion zukommt. Junge Menschen werden schließlich durch das dreigliedrige Bildungssystem selektiert, wodurch die Klassenzugehörigkeit trotz formaler Gleichheit quasi vererbt wird. Dennoch ist es sinnvoll, auf den Inhalt der Lehrpläne zu blicken, der politisch umkämpft ist. Dass auch hier die Kapitalseite einen stärkeren Einfluss hat als die Gewerkschaften, zeigt sich in Nordrhein-Westfalen an der Umbenennung des Gymnasialfachs Politik in Wirtschaft/Politik 2019 durch die CDU/FDP-Landesregierung, mit der der soziologische Fachinhalt durch eine neoklassische Fokussierung auf Wirtschaftsthemen verdrängt wurde.

Dagegen wäre eine kritische, soziologisch informierte Demokratiebildung einzufordern. Gerade ein Bewusstsein dessen, wer von demokratischer Partizipation ausgeschlossen ist, ermöglicht es, potentielle Räume der Demokratisierung im emanzipatorischen Sinne sichtbar zu machen und Demokratie nicht lediglich als staatliches Organisationsprinzip, sondern gesamtgesellschaftlich zu begreifen (Wolfgang Abendroth) und ggf. einzufordern. Vorschläge zur Demokratisierung der Wirtschaft gibt es auf sozialwissenschaftlicher Seite zur Genüge. Im gewerkschaftlichen Bildungsbereich von ver.di und der IG Metall werden sie unter Oskar Negts Stichwort der »Utopiefähigkeit« thematisiert. Vorbilder bieten etwa die bereits in der Weimarer Republik diskutierten Modelle der sozialen Demokratie, Wirtschaftsdemokratie Vergesellschaftung oder Wirtschaftsräte sein sowie neuere Konzepte wie das Parlament der Firma, die Partizipatorische Ökonomie, Nachhaltigkeits- und Transformationsräte oder Betriebliche Wirtschaftsräte. Gerade das Konzept des Betrieblichen Wirtschaftsrats ist für die politische Bildung in ökologischen Krisenzeiten gewinnbringend. Es sieht eine drittelparitätische Zusammensetzung im Aufsichtsrat vor, sodass Beschäftigte, Kapitaleigner und die Öffentlichkeit – darunter können etwa Vertretungen von Konsument:innen oder der Umwelt fallen – gleiche Entscheidungsbefugnisse haben. An diesem Konzept ließe sich diskutieren, was Demokratie in der Arbeitswelt bedeuten kann und soll.

Um gegen das rechte Positionen befördernde Gefühl der Fremdbestimmung in der Arbeitswelt anzukämpfen, wäre es hilfreich, die Demokratisierung der Wirtschaft in der politischen Bildung zu thematisieren. An der gewerkschaftlichen Bildung könnten sich die schulische und zivilgesellschaftliche ein Beispiel nehmen. Auch dies wäre ein Thema für die GEW.

* *Sascha Regier ist Lehrer in Köln, aktiv im Referat gewerkschaftliche Bildung der GEW NRW und Teamer bei ver.di. 2023 erschien sein Buch »Den Staat aus der Gesellschaft denken. Ein kristischer Ansatz der Politischen Bildung«.*

Immer weiter nach rechts?

Flugschrift von Klaus Lang zur Entwicklung der Unionsparteien – von Andreas Bachmann*

Wie weit die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik gehen kann, hängt nicht allein ab von der Resilienz in den demokratischen Teilen der Gesellschaft, dem Standing der Mitte-Links-Parteien und der Stärke der Rechtsextremen. Es hängt auch davon ab, ob die noch demokratische Rechte Brücken zur AfD baut und machtpolitische Abhängigkeiten von den Rechtsextremen herstellt oder nicht.

Die jüngeren Ereignisse sind sehr beunruhigend: Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) führt sich auf, als wäre sie die Gouvernante der Werteunion, der Unionsfraktionsvorsitzende Jens Spahn wirbt für einen »normalen« Umgang mit der AfD im Parlament, in vielen ostdeutschen Kommunalvertretungen sind die Abgeordneten von AfD und CDU in Habitus und politischer Ausrichtung nur schwer zu unterscheiden. Friedrich Merz hat vor der Bundestagswahl Mehrheiten mit der AfD (und dem BSW) für Attacken gegen das Asylrecht und Geflüchtete im Bundestag gesucht und gefunden.

Es gibt CDUler:innen, die sich gegen die Normalisierung der AfD und den Rechtsdrall der Union stellen, wie den Verteidigungsexperten Roderich Kiesewetter oder Dennis Radtke, den Bundesvorsitzenden der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft. Ihr Einfluss scheint aber eher gering zu sein.

Zur linken Strategiebildung gegen rechts gehört also auch ein Lagebild zur CDU/CSU. Wissen über die Zusammensetzung und politische Ausrichtung der SPD sowie Erfahrungen im Umgang mit Sozialdemokrat:innen sind in der politischen Linken vorhanden. Die Union ist in ihren Details für viele von uns unbekanntes Terrain – obwohl natürlich viele Genoss:innen einen furchtbaren CDU-Onkel in der Familie haben.

Wir vergessen oft, dass die Union nicht nur von Arbeiter:innen und Angestellten bei jeder Wahl in beträchtlichem Umfang gewählt wird, auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern gibt es historisch und aktuell einen mehr oder weniger großen Sockel von Unionswähler:innen: 2013 zum Beispiel wählten 38 Prozent der Arbeiter:innen und 41 Prozent der Angestellten sowie 32 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder die Union. 2025 wählten von den Gewerkschaftsmitgliedern 23 Prozent die Union, 22 Prozent AfD, 21 Prozent SPD, 11 Prozent die Grünen und 10 Prozent die Linke. Bei der letzten Wahl war die Union also bei den gewerkschaftlich organisierten Wähler:innen knapp stärkste Kraft. Ein Grund mehr, bei der Entwicklung der Union genauer hinzuschauen.

Kontinuität und Transformation

Klaus Langs Buch über die »rechte Mitte« ist im VSA-Verlag als »Flugschrift« erschienen, eine passende Bezeichnung angesichts des Umfangs von 120 Seiten. Der Autor war zunächst Pressesprecher des Vorstands der IG Metall, 1981 wurde er Leiter der Abteilung Tarifpolitik und leitete später die Abteilung des Ersten Vorsitzenden. Die gesellschaftspolitische Rahmung der Tarifauseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche in den 1980ern ist auch mit seiner Person verbunden. Lang war Geschäftsführer der Otto-Brenner-Stiftung, wurde 2003 Arbeitsdirektor der Georgsmarienhütte Holding und ist mittlerweile im Ruhestand.

Keinen Eingang in das Buch fanden das Ergebnis der Bundestagswahl im Frühjahr 2025, die Regierungsbildung mit der Klingbeil-SPD und die kreditfinanzierten Infrastruktur- und Aufrüstungsprogramme. Das Manuskript war schon vorher abgeschlossen worden.

Lang wählt für seine Untersuchung einen ideologiekritischen Ansatz und setzt sich mit den Etappen der Programmentwicklung vor allem der CDU seit 1945 auseinander. Interessant wäre es gewesen, die Programmentwicklung parallel zur diversen Klassenzusammensetzung der Union und der Auseinandersetzung zwischen den Formationen (Arbeitnehmer:innen, Mittelstand, Wirtschaftsrat) zu lesen. Die Programmanalyse ist dennoch ein sinnvoller Zugang, weil sie die unterschiedliche – aber meist sehr aggressive – Frontstellung des politischen Konservativismus gegen Linksliberale, Sozialdemokrat:innen, Grüne und Sozialist:innen verständlich macht, sowohl in kulturellen Fragen als auch in der Beschränkung von Demokratie auf eine »Herrschaftsform« im Unterschied zum »Gesellschaftsprinzip« (S. 9).

Die Schlüsselfrage zum Verhältnis der CDU/CSU zu den Rechtsextremen formuliert Lang in der Einleitung: »Für die Unionsparteien als die konservativen Parteien in Deutschland stellt sich die Frage, wie sie mit dieser radikal-rechten Konkurrenz umgehen, Versuch des Aufsaugens durch Anpassung oder Versuch der Ausgrenzung durch massive Gegenwehr – oder eben doch eines Tages Kooperation und Koalition. Nichts ist zurzeit ausgeschlossen. In anderen europäischen Ländern sind christlich- oder säkularkonservative Parteien in diesem Konflikt zerrieben oder marginalisiert worden. Davor haben sich die Unionsparteien noch bewahrt« (ebd.).

Wie lange dieses »Noch« wohl überdauert? Nach der Lektüre der Flugschrift bin ich nicht optimistisch gestimmt. Die Ära Merz steht nach Lang nicht nur für eine »konservative Renaissance«, sondern für eine »Orientierung neu nach rechts« (S. 14), die durch das neue (Nach-Merkel-) Grundsatzprogramm von 2024 abgebildet wird.

Der unabhängige, katholische Publizist Andreas Püttmann sprach angesichts der Mehrheitsbildung mit der AfD im Januar von einem »Putsch« des rechten Parteiflügels. Er sieht die CDU gar vor einer grundlegenden Transformation. Das Christlich-Demokratische werde immer mehr gestutzt.[1] Dem würde Klaus Lang sicherlich zustimmen.

Klaus Lang: »Die rechte Mitte. Konservative Radikalisierung von CDU und CSU? Eine Flugschrift«, VSA Verlag 2025, ISBN: 978-3-96488-236-3, 120 Seiten, 12 Euro

Die konservative Neuaufstellung unter Merz, Söder, Klöckner und Spahn folgt auf die christdemokratisch-zentristische Phase von Angela Merkel, die immerhin von 2005 bis 2021 regiert und den konservativen Flügel mehr oder weniger in Schach gehalten hat. Lang beschreibt Eckpfeiler der Ära Merkel wie den Atomausstieg, die Einführung des Mindestlohns, das Aussetzen der Wehrpflicht, die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften oder den Verzicht auf die Grenzschließung 2015 (S. 104), die Leuten, die die Dregger-Stahlhelm-CDU toll fanden, überhaupt nicht gefallen haben müssen. Warum die Ära Merkel, entgegen ihrer zugespitzten neo-liberalen Startposition, die noch 2003 den Leipziger Parteitag prägte, insgesamt so zentristisch, christdemokratisch, fast schon sozial-liberal gewesen ist, wäre eine eigene Analyse wert.

Christdemokratisch oder rechtsautoritär?

In seiner Langzeitbeobachtung von Partei und Programm beschreibt er anschaulich, dass es in der Union nicht nur christdemokratische und liberale bis konservative Strömungen gibt. Von Anfang an agierte auch ein einflussreicher rechter, autoritärer Flügel, der seine Verdrahtung zur neuen Rechten über Personen und Institutionen wie das »Studienzentrum Weikersheim« (S. 75) oder lange Zeit über die »C. F. von Siemens Stiftung« (S. 56) pflegte.

Für die CDU von heute beschreibt Lang den Einfluss der Denkfabrik »Republik21« auf die Programmentwicklung, die von dem rechtskonservativen Geschichtsprofessor Andreas Rödder gegründet wurde und nach wie vor geleitet wird (S. 15). Rödder polemisierte gegen eine »Brandmauerhysterie« und kann sich Minderheitsregierungen der CDU gut vorstellen, obwohl diese realistischerweise nur mit Duldung durch und Nähe zur AfD funktionieren können, auch wenn es keine förmlichen Tolerierungsvereinbarungen gibt.[2]

Andreas Rödder hat sich, nebenbei bemerkt, auch für eine »Flurbereinigung« in der Namensfrage stark gemacht, für eine CDU ohne »C«.[3] Das tat er nicht aus einem liberal-laizistischen Impuls heraus, sondern weil das sozial-ethische Fundament des Christentums einen konservativ-autoritären Rollback erschwert.

Langs Flugschrift ist eine hilfreiche Unterstützung für ein linkes Lagebild zum politischen Konservatismus. Realistischerweise kann er wenig Optimistisches schreiben zum Wollen und Können der liberalen und christlich-sozialen Kräfte, der Merz-Rechten in den Arm zu fallen.

Ich möchte dafür werben, dass wir die schwächer gewordenen Christdemokrat:innen von CDA bis zu den CDU-Liberalen nicht als Vorhof zur Merz-Hölle abtun, sondern sie trotz aller gravierender Differenzen als Geprächspartner:innen im Kampf gegen die Normalisierung der AfD wahrnehmen. Unsere Kolleg:innen von den Sozialausschüssen müssen wir ermutigen und in die Pflicht nehmen, gegen Rechtsdrall und Rassismus in der Union aktiv zu werden.

** Andreas Bachmann ist Betriebsrat in einem Versicherungsunternehmen in Hamburg und Mitglied der express-Redaktion*

Anmerkungen:

1 *»Die Grundwerte der Union stehen auf dem Spiel«, Interview mit Andreas Püttmann, 30. Januar 2025, Deutschlandfunk.*

2 *Reinhard Bingener: Debatte über Umgang mit der AfD. Rücktrittsforderungen an den Chef der CDU-Grundwertekommission, 20. September 2023, FAZ.*

3 *Andreas Püttmann: Zwischen Christdemokratie und Rechtspopulismus. Wie die Merz-Union ideell schlingert und schrumpft, Blätter für deutsche und internationale Politik, Mai 205, S. 54.*

graswurzel revolution
GWR 500 – Sommer 2025

Grafik: W. Porwol
Einzelexemplar: 4,50 €
Probeexemplar oder Abo:
www.graswurzel.net

Ist der Ferntourismus aus den reichen Ländern nützlich oder schädlich? Wer profitiert, wer verliert?
Tourismus
Urlaub in Entwicklungsländern
Magazin Verlag, 2014, 48 Seiten, 2 Euro
online bestellen: www.deutschland-und-die-welt.de

Ver.di kritisiert Nato-Aufrüstungsbeschluss

Gewerkschaftslinke vor schwierigen Fragen – von Heiner Dribbusch*

Kein Zufall, sondern Plan: Am 24. Juni verabschiedete das Bundeskabinett den von Finanzminister Lars Klingbeil vorgelegten Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2025 sowie die Eckwerte für die Finanzplanung bis 2029. Einen Tag später beschloss die NATO die von Klingbeil bereits vorweggenommene schrittweise Erhöhung der nationalen Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben auf fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Als einzige der großen DGB-Gewerkschaften nahm ver.di hierzu kritisch Stellung.[1] Der Vorsitzende Frank Werneke bezeichnete die Zustimmung der Bundesregierung zum NATO-Beschluss als »in keiner Weise akzeptabel«. Ver.di erklärte, dass sich zwar »niemand auf die Friedfertigkeit eines Wladimir Putin verlassen könne«. Es sei deshalb nachvollziehbar, »dass mehr Sicherheit für die liberalen Demokratien in Europa nach dem faktischen Rückzug der Amerikaner einen höheren Aufwand erfordere, als ursprünglich veranschlagt.« Aber, so Werneke weiter, »bevor willkürlich gegriffene astronomische Milliardensummen in die Welt gesetzt und neue Nato-Ziele festbetoniert werden, muss erst mal die Frage kritisch diskutiert werden, welcher militärische Aufwand überhaupt notwendig ist«.

Mit dieser Stellungnahme bewegt sich ver.di im Rahmen der gemeinsamen Erklärung der DGB-Gewerkschaften zu den diesjährigen Ostermärschen vom 1. April. Dass der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften die »Notwendigkeit« sahen, »in Deutschland und Europa verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, um gemeinsam verteidigungsfähiger zu werden«, war damals in den Reihen der Ostermarschbewegung auf Kritik gestoßen. Zu vermuten ist, dass auch Wernekes Verständnis für einen erhöhten Verteidigungsaufwand nicht ohne Kritik bleiben wird.

Eine weit gefächerte Debatte

Unter dem Motto »Den Frieden gewinnen, nicht den Krieg« findet am 11. und 12. Juli die dritte »Gewerkschaftskonferenz für den Frieden« in Salzgitter statt. Von der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert, trifft sich hier derjenige Teil der Gewerkschaftslinken, für den sich die Bundesrepublik bereits in der Phase konkreter Kriegsvorbereitungen befindet und der die Aufhebung der Schuldenbremse für Verteidigungsausgaben und das (von den Gewerkschaften im Grundsatz begrüßte) Sondervermögen für Infrastruktur häufig mit den Kriegskrediten von August 1914 gleichsetzt. Im Aufruf für die Konferenz, der bezeichnenderweise den Angriff Russlands auf die Ukraine unerwähnt lässt und die »Zeitenwende« allein Olaf Scholz zuschreibt, heißt es unter anderem:

»Je mehr sich verteilungs- und außenpolitische Fragen ineinander verschränken, desto stärker müssen die Gewerkschaften ihre Rolle als Friedensorganisationen ausfüllen und dem Gerede von der Kriegstüchtigkeit die Sprache der Friedenslogik entgegensetzen. Die Gewerkschaftstage haben gezeigt: In den Gewerkschaften ist dazu eine breite Debatte im Gange.«

Letzteres ist richtig, jedoch verlief die Diskussion auf den Gewerkschaftstagen anders, als der Aufruf nahelegt. So war dem ver.di-Bundesvorstand bereits 2023 von Seiten eines Teils der Gewerkschaftslinken in einem Aufruf »Sagt Nein! Gewerkschafter:innen gegen Krieg, Militarismus und Burgfrieden« ein Schulterschluss »mit dem deutschen Kriegskurs« vorgeworfen worden, weil dieser in einem Leitantrag für den ver.di-Bundeskongress im September 2023 Sanktionen gegen Russland befürwortete und Waffenlieferungen an die Ukraine für völkerrechtlich zulässig erachtete. Trotz zahlreicher Redebeiträge von Unterstützer:innen des genannten Aufrufs blieben auf dem Bundeskongress alle Anträge, jegliche Waffenhilfe für die Ukraine abzulehnen, chancenlos. Die übergroße Mehrheit der Delegierten, darunter nicht zuletzt auch Vertreter:innen der ver.di-Jugend befürwortete die Unterstützung der Ukraine. Beim Gewerkschaftstag der IG Metall im November 2023 zeigte sich ein ähnliches Bild, auch wenn die Debatte hier sehr viel kürzer ausfiel, weil bereits zuvor viele Streitfragen in Formelkompromisse gepackt worden waren.

Seitdem ist einige Zeit vergangen. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine geht unvermindert weiter, die Unterstützung der USA für die Angegriffenen schwankt. Wiederholte Angebote der bedrängten Ukraine für einen bedingungslosen Waffenstillstand wurden ebenso wiederholt von Russland zurückgewiesen. Stattdessen erklärte Putin am 20. Juni auf dem Petersburger Wirtschaftsforum: »Wo der Fuß eines russischen Soldaten hintritt, das gehört uns.«

Es sich nicht zu einfach machen

Was ergibt sich daraus für die Gewerkschaftslinke, die ja alles andere als eine einheitliche Strömung darstellt? Ein (vermutlich kleinerer) Teil hat ein geopolitisches Weltbild, in dem die NATO stets die Hauptschuld am Krieg trägt. Daneben gibt es Kolleg:innen, deren persönliche Identität und deren Verortung ihrer Gewerkschaft als progressive Kraft mit Wurzeln in der Friedensbewegung durch das Tolerieren von Waffenlieferungen arg strapaziert werden. Des Weiteren gibt es jedoch viele, die eine Militarisierung Deutschlands strikt ablehnen, diplomatische Lösungen eindeutig bevorzugen, aber zugleich keine radikalpazifistische Haltung haben, die jegliche bewaffnete Gegenwehr zurückweist.

Vermutlich können sich alle genannten Strömungen einschließlich ihrer jeweiligen Verästelungen darauf verständigen, dass die von Verteidigungsminister Boris Pistorius für 2029 angestrebte »Kriegstüchtigkeit« abzulehnen ist. Schwierig wird es dann sofort bei den Details.

Wenn wir uns fragen, warum es angesichts einer neuen Qualität der Aufrüstung – ganz anders als nach dem NATO-Doppelbeschluss von 1979 – keine auch nur annähernd vergleichbare Friedensbewegung gibt, so liegt die Vermutung nahe, dass sehr viele Menschen in Deutschland die Auffassung teilen, dass sich die Welt seit 2022 verändert hat. Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat in vielen Nato-Staaten ein Bedrohungsszenario erzeugt, das so vorher nicht vorhanden war. Zum zweiten, und hier sind wir wieder bei der Position von ver.di zum NATO-Aufrüstungsbeschluss, sind seit der Amtsübernahme Trumps in den USA zahlreiche bisher als unverrückbar geltende Leitplanken der westlichen Nachkriegspolitik, einschließlich der vielbeschworenen Fundamente der liberalen bürgerlichen Demokratie, erschüttert worden. Der kaum verhüllte Schulterschluss des US-Präsidenten mit Putin, seine Verachtung für die Ukraine, die Drohungen in Richtung der NATO-Partner Dänemark und Kanada und nicht zuletzt Äußerungen, der stets sicher geglaubte atomare Schutzschirm der USA werde den Nato-Partnern, wenn überhaupt, nur noch kostenpflichtig zur Verfügung gestellt, sorgen für mehr als Irritationen.

Wenn aber anerkannt wird, dass die geo- und sicherheitspolitische Lage 2025 eine völlig andere als 1979 ist, stellt sich die Frage, was dies für die europäische und deutsche Verteidigungspolitik bedeutet. Wenn Konsens darüber besteht, dass die Abschaffung der Armeen und eine vollständige Abrüstung in Europa aktuell nicht zu erwarten sind, dann kommt die Gewerkschaftslinke nicht um die Frage herum, was Verteidigungsfähigkeit bedeutet und wie Nichtangriffsfähigkeit sichergestellt werden könnte. Da hilft am Ende kein Wegducken.

Als Ausgangspunkt bietet es sich an, wie in der ver.di-Stellungnahme erst einmal kritisch zu überprüfen, welcher militärische Aufwand für die Verteidigungsfähigkeit überhaupt notwendig ist und zugleich die Ziele Abrüstung und nachhaltige Friedensarchitektur nicht aufzugeben. Dies bedeutet, auf das Eskalationsrisiko des gegenwärtigen Aufrüstungskurses zu verweisen, die mit der aktuellen Haushaltspolitik verbundenen Prioritätenverschiebungen zu Lasten der Klima-, Entwicklungs- und Sozialpolitik zu thematisieren sowie die Abschottungspolitik der EU nicht aus dem kritischen Blick zu verlieren.

Das alles zu diskutieren, wird bei ver.di einfacher sein als in der IG Metall. Diese organisiert nicht nur zahlreiche Beschäftigte in den boomenden Rüstungsbetrieben, sondern ist auch damit konfrontiert, dass die »Umstellung auf eine Fertigung von Wehrtechnik« (so Dirk Schulze, Bezirksleiter der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen, anlässlich der Übernahme des Alstom-Waggonbaus in Görlitz durch die Rüstungsfirma KNDS) in von Schließung bedrohten Betrieben neue Beschäftigungsperspektiven bietet. Wenn angesichts dieser komplizierten Gemengelage der Vorstand der IG Metall laut *nd* jedoch behauptet, es ginge »nicht um Aufrüstung, sondern um Ausrüstung«[2], möchte man den Kolleg:innen gerne zurufen: »Das glaubt Ihr doch selbst nicht!«

** Heiner Dribbusch ist unter anderem Autor des 2023 erschienenen Buchs »STREIK. Arbeitskämpfe und Streikende in Deutschland seit 2000 – Daten, Ereignisse, Analysen«. Das Buch ist nach wie vor als Abo-Prämie bei uns erhältlich.*

Anmerkungen:

1 *Ver.di: Nato-Entscheidung. In keiner Weise akzeptabel, 25. Juni 2025.*

2 *Christian Lelek: IG Metall zur Zeitenwende. Abrüsten, ausrüsten, aufrüsten, 25. April 2025, nd.*

PFAS
BAYERs neue Chemie-Gefahr
PFAS!
Topthema im neuen Magazin
www.stichwort-bayer.de
info@stichwort-bayer.de
Postfach 150418 · 40081 Düsseldorf
facebook/Coordination
STICHWORT BAYER
Konzernkritik konkret
KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN. JETZT.

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE

widmet sich der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen von der Global Labour History bis hin zur Regional- und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie (proletarische) Frauenbewegung und die Geschichte des Staatssozialismus.

Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai und September) im Metropol Verlag Berlin. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft: 14 € zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 39 € (Ausland 49 €) einschl. Porto • Bestellungen an den Metropol Verlag: veitl@metropol-verlag.de • www.metropol-verlag.de

www.arbeit-bewegung-geschichte.de

METROPOL

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Jana Kavermann
Vom Klassenkampf zum Kampf um Klasse
2025 – 246 Seiten – 28,00 €
Print-ISBN 978-3-89691-143-8
Für Bibliotheken auch als Ebook-Campuslizenz bestellbar:
eISBN 978-3-98634-197-8

Ein Plädoyer für die Erneuerung der Klassenanalyse für die Soziale Arbeit auf der Grundlage des kritischen Fachdiskurses in 50 Jahrgängen der Fachzeitschriften *Neue Praxis* und *Widersprüche*.

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

Antipasti

»Schattenflotte« bestreiken

Am 11. und 12. Juli streikten die Beschäftigten von Lieferando in Hamburg 36 Stunden lang. Es war der Auftakt einer bundesweiten Streikwelle, die das Unternehmen dazu bringen soll, endlich über einen Tarifvertrag für die rund 6.000 Beschäftigten zu verhandeln. Seit mehr als zwei Jahren fordert die NGG den deutschen Marktführer im Liefersektor dazu auf.

Die neue Welle des Arbeitskampfs wurde auch deshalb gestartet, weil Lieferando dabei ist, eine »Schattenflotte« aufzubauen. Nach dem Vorbild anderer Lieferdienste, die ihre Kurier:innen nicht selbst anstellen, sondern von Subunternehmen ausleihen, setzt nun auch Lieferando auf Dienstleister wie »Fleetlery«. Allein in Berlin sind bisher 500 Arbeitsplätze bei Lieferando abgebaut worden, während Subunternehmen nach Kurier:innen suchen, die mit orangenen Rucksäcken Speisen ausfahren. Häufig wurden sogar die von Lieferando gekündigten Beschäftigten von Subunternehmen kontaktiert – ihnen wurden neue Verträge zu deutlich schlechteren Konditionen angeboten. Dass auch der Marktführer Lieferando, der seine Kurier:innen bisher regulär beschäftigte, nun auf Subunternehmen zurückgreift, zeigt wie dringend es ist, dass die EU-Plattformrichtlinie endlich in deutsches Recht übersetzt wird.

Erst Mitte Juni hatte das Berliner Arbeitsgericht im Fall einer Kurierin, die für den Lieferando-Konkurrenten Wolt Essen ausfuhr, entschieden, dass das Unternehmen nicht für Verfehlungen seiner Subunternehmen verantwortlich ist. Während Wolt vor Gericht gewann, meinen viele Fahrer:innen, dass die Lieferunternehmen ihre eigentlichen Arbeitgeber sind und das System der Subunternehmen nutzen, um sich aus der Verantwortung zu stehlen (siehe *express* 4/2025, S. 7).

Quellen: NGG, nd

Nachhilfe zum Mindestlohn

Der Mindestlohn heißt so, weil er eine absolute Untergrenze dessen ist, was jemand für seine Arbeit verdienen darf. Erhält man weniger Entgelt, ist das nicht nur widersinnig, sondern illegal. Trotz dessen schlug der Präsident des Deutschen Bauernverbands Joachim Rukwied vor, man könne Saisonarbeitskräften nur noch 80 Prozent des Mindestlohns zahlen. Jene Leute also, die auf den Feldern extrem harte Arbeit leisten, schon jetzt häufig an der Armutsgrenze leben und von ihrem mageren Lohn oft noch Abzüge für Unterkunft und Verpflegung hinnehmen müssen, sollen nun auch noch unter dem Mindestlohn bezahlt werden.

Dem Vorschlag Rukwieds hielt Harald Schaum, der stellvertretende Bundesvorsitzende der IG BAU, die banale Einsicht entgegen, dass der Mindestlohn die unterste Einkommensgrenze ist. Auch die Initiative Grüne Gewerke (IGG) in der FAU reagierte entsetzt und verwies darauf, dass man im Gegenteil die Sonderregeln für migrantische Saisanarbeitskräfte bei Sozialversicherungen, Löhnen und Arbeitsrechten abschaffen müsste.

Quellen: IG BAU, IGG

Stahlharte Verhältnisse in Duisburg

Für Duisburgs traditionsreiche Stahlindustrie geht es weiter bergab. Schon Ende September soll ein Hochofen in Duisburg-Hamborn abgeschaltet werden, den Thyssen-Krupp Steel Europe (TKSE) betreibt, Deutschlands größter Stahlkonzern. Das Unternehmen plant, bis zu 11.000 der 27.000 noch vorhandenen Arbeitsplätze abzubauen, nicht nur in Duisburg.

Derweil wird immer klarer, dass die Hüttenwerke Krupp-Mannesmann (HKM) im Süden Duisburgs dicht gemacht werden, die seit 1909 Stahl produzieren. Ihr Mehrheitseigner TKSE will das Werk seit Längerem verkaufen. Im April beschloss der Konzern, seinen Liefervertrag mit dem Hüttenwerk zu kündigen; Anfang Juni nahm TKSE eine neue Anlage im Duisburger Norden in Betrieb, die rund 800 Millionen Euro gekostet hatte und die Produktion der HKM überflüssig macht.

Außerhalb Duisburgs sieht es auch nicht besser aus. Der Stahlkonzern ArcelorMittal teilte im Juni mit, er gebe seinen Plan auf, die Stahlwerke in Bremen und Eisenhüttenstadt umzurüsten auf eine klimafreundlichere Produktion. Und das, obwohl bereits staatliche Förderung in Milliardenhöhe zugesagt war. Das Unternehmen erklärte, die Stahlproduktion mit reduziertem CO_2-Ausstoß sei derzeit nicht wirtschaftlich.

Quellen: nd, Zeit, Handelsblatt

Ticket der Teilnahmslosigkeit

Slave Cubela* über das Fortleben der Imperialismustheorie

Die Welt hat sich grundlegend verändert. Russland führt seit mehr als zehn Jahren Krieg gegen die Ukraine, mehr als drei Jahre dauert die russische Vollinvasion an. Die USA scheinen immer weniger verlässlich als Garant der Sicherheit – und ja, auch der Interessen – westlicher Staaten. Die NATO-Staaten haben reagiert und Ende Juni beschlossen, die Verteidigungs- und Sicherheitsausgaben bis 2035 auf jeweils fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen, davon dreieinhalb Prozent direkt für Rüstung. Bis 2029 will die Bundesrepublik ihren jährlichen Verteidigungsetat auf mehr als 150 Milliarden Euro erhöhen.

Die enorme Aufrüstung, die geplant ist, verdient Kritik. Haufenweise Arbeit und Ressourcen sollen in den kommenden Jahren aufgewandt werden für die Produktion von Gerät, das nur einen Zweck hat: Töten. Statt Rüstungskonversion erleben wir gerade das Gegenteil: Industriebetriebe, die bisher zivile Produkte hergestellt haben, fangen an, Wehrtechnik zu produzieren, und die Aktionäre nicht nur von Rheinmetall reiben sich die Hände.

Kritik an der Aufrüstung darf es sich aber nicht zu einfach machen. Gleichzeitig stellen sich nämlich sehr unbequeme Fragen: Was soll man dagegen tun, wenn Autokraten versuchen, ihren Weltmachtanspruch militärisch durchzusetzen? Wie lässt sich die liberale Demokratie verteidigen ohne militärische Abschreckung, wenn der Wandel durch Handel und Friedensverhandlungen nicht funktionieren? Und was ist eigentlich mit den Sorgen der baltischen Staaten, Finnlands oder Polens vor einem Angriff Russlands? Geschweige denn mit den Menschen in der Ukraine, die so mutig dem faschistischen Putin-Regime die Stirn bieten?

In dieser weltpolitischen Lage, die keine einfachen Antworten zulässt, zucken manche Linke leider abgebrüht mit den Schultern. Für die von Russland überfallene Ukraine entschlossen Partei ergreifen und zumindest deren Verteidigungsfähigkeit sichern und ausbauen? Auf keinen Fall, denn das ist ein Krieg zweier Imperialismen und die Linke fährt am besten, wenn sie versucht, gegen alle Kriegsparteien internationalen Widerstand zu organisieren. Die Hamas und ihre Finanziers in Teheran kritisieren, nicht zuletzt deshalb, weil sie die Bevölkerung in ihrem Herrschaftsgebiet massiv unterdrücken? Lieber nicht, denn im Kampf gegen den US-Imperialismus und seinen »Brückenkopf« Israel ist jedes Mittel recht, zur Not auch Islamismus.

Das Ticket, mit dem diese Haltung begründet wird, ist die Imperialismustheorie, genauer: das gedankenlose Hervorkramen alter imperialismustheoretischer Schablonen. Diesen Reflex, der unter einigen Linken noch immer verbreitet ist, nimmt der folgende Text zum Ausgangspunkt, um Genese und Geltung der Imperialismustheorie zu hinterfragen. Das kann nur schlaglichtartig geschehen; dennoch hoffe ich, damit ein Nachdenken zu provozieren, in einer Zeit, in der wir weltpolitische Zäsuren erleben. Denn wenn diese Zäsuren nicht baldigst ein (selbst-) kritisches Innehalten innerhalb der Linken auslösen, wird die Linke diese Zäsuren weiterhin nur kommentieren können, aber nicht beeinflussen.

Marxismus ohne Marx

Blickt man auf die Entstehung der klassischen Imperialismustheorie, dann erweckt diese in ihren wichtigsten Vertreter:innen wie Rosa Luxemburg oder Lenin den Anschein, als ob sie eine Fortführung der Marxschen Theorie gewesen sei. Dieser Anschein ist sehr zweifelhaft. Zum ersten deshalb, weil hier zwei unterschiedliche Theoriestrategien vorschnell miteinander verknüpft werden. Im Marxschen Hauptwerk, dem *Kapital*, gibt es zwar historische Exkurse, aber wesentlich ist es doch ein *»logisches«* Werk, in dem die Zeit gewissermaßen stillgestellt ist, um durch eine Kritik der ökonomischen Kategorien den »Quellcode« des Kapitalismus zu dechiffrieren. Imperialismustheorien wiederum werden zwar durch politökonomische Kategorien flankiert, aber sie reflektieren diese Kategorien im Gegensatz zu Marx kaum kritisch, geht es ihnen doch als *geschichtliche Analyse* um ein Verständnis der sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts abzeichnenden und verschärfenden Gewalt- und Unterdrückungspolitik imperialer Staaten. Diesen Unterschied in der Theorie zwischen Marx und seinen

vermeintlichen Fortführern hat Johannes Busch-Weßlau etwa an Lenins Imperialismustheorie wie folgt festgemacht: »Die theoretische Grundlage von Lenins ›Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus‹ ist vergleichsweise dünn. Es gibt in den umfangreichen Exzerpten und in der fertigen Arbeit über den Imperialismus jeweils drei Verweise auf das ›Kapital‹, eine gründliche Auseinandersetzung etwa mit dem ›tendenziellen Fall der Profitrate‹ bei Marx ist nirgends nachweisbar.«[1]

Versucht man nun, den seltsamen Charakter der modernen Imperialismustheorie als Marxismus ohne Marx genauer zu verstehen, dann zeigt sich eine weitere, grundsätzliche Differenz: Für Marx hatte die Wissenschaft einer Eigenlogik zu gehorchen. Er betonte, dass er einen Menschen, »der die Wissenschaft einem nicht aus ihr selbst (…), sondern *von außen*, ihr *fremden*, äußerlichen Interessen entlehnten Standpunkt zu *akkomodieren* sucht«, nur »gemein« nennen könne.[2] Lenin und Luxemburg machten aber genau das: Sie versuchten, die Wissenschaft für ihre politischen Zwecke zu instrumentalisieren, so ehrenwert diese Zwecke auch damals erscheinen mochten und so viele empirische Belege sie auch sammelten für ihre Thesen. Entsprechend blieben genaue Rekonstruktionen oder gar methodische Reflexionen für Lenin nachrangig, und auch Luxemburgs Studien unterlagen letztlich äußeren, politischen Hoffnungen. Darauf hat etwa Rudolf Walther schon vor Jahrzehnten hingewiesen, als er feststellte: »Rosa Luxemburgs Zusammenbruchstheorie kann als Versuch begriffen werden, die politisch offensive Strategie, die sie seit 1910 vertrat, nachträglich mit einer ökonomischen Theorie des Imperialismus zu untermauern.«[3]

Illusionslosigkeit und Hoffnungslosigkeit

Ein entscheidender Aspekt des Primats äußerer Zwecksetzungen in der Imperialismustheorie wird von Luxemburg selbst gut hervorgehoben: »Nichts wäre verhängnisvoller, als wenn das Proletariat selbst aus dem jetzigen Weltkriege die geringste Illusion und Hoffnung auf die Möglichkeit einer idyllischen und friedlichen Weiterentwicklung des Kapitalismus retten würde.«[4] Allein: Wenn man qua Theorie einen derartigen Zustand der Illusionslosigkeit beim Rezipienten herbeiführen will, dann muss man bereit sein, dick aufzutragen. Imperialismustheorie im Anschluss an Luxemburg und Lenin zielt entsprechend immer darauf ab, die Konsequenzen eines Fortbestehens des Kapitalismus besonders drastisch zu zeichnen, indem sie einen unweigerlichen Zusammenbruch kommen sieht, mindestens aber die Unvermeidlichkeit von großen Konflikten und opferreichen Kriegen im letzten Stadium der bürgerlichen Welt.

Das naheliegende Problem dabei ist aus heutiger Sicht: dieses letzte Stadium dauert jetzt mehr als hundert Jahre an. Aber selbst, wenn man das ignoriert, taucht sogleich ein weiteres Problem auf: Wer Illusionslosigkeit säen will, der kann leicht Hoffnungslosigkeit ernten. Wenn sich z.B. die politischen Implikationen der Imperialismustheorie bei Lenin darin erschöpfen, dass er in seinem Stadienmodell die Aktualität des Sozialismus betont und zugleich den Opportunismus der Arbeiterbewegung damit erklärt, dass der Imperialismus mit seinen Extraprofiten die Arbeiteraristokratie in Teilen der Welt bestechen würde, dann gleicht das einem politischen Eigentor. Bedeutet das doch – gerade bei Lenin, der außerinstitutionellen Arbeiter:innen nie mehr als ein tradeunionistisches Bewusstsein zugebilligt hat –, dass genau in dem Moment, in dem der Sozialismus als historisch unausweichlich behauptet wird, die institutionellen Kräfte, die für ihn eintreten, als korrumpiert anzusehen sind.

Und gerät das in den letzten Jahren so ausgiebig diskutierte Theorem der imperialen Lebensweise nicht in eine ähnliche

Bredouille? Wird hier nicht erneut die Dringlichkeit radikaler, anti-imperialistischer Veränderungen betont, nur damit man im nächsten Moment bemerkt: Warum veröffentlichen die Autoren dieses Theorem genau in jenen Staaten, deren Bevölkerungen sie durch ihre imperiale Lebensweise als quasi-korrumpiert ansehen? Ganz zu schweigen davon, dass man auch fragen muss: Was ist das für eine imperiale Lebensweise, wenn z.B. im imperialen Zentrum USA die Arbeiterklassen derart an ihren Lebensbedingungen verzweifeln, dass 2015 sage und schreibe 92 Millionen US-Amerikaner verschreibungspflichtige Opioide einnahmen?

Krieg als Chance

Immerhin: Das Problem, wie antiimperialistische Veränderung überhaupt vorstellbar ist, kennt in der Imperialismustheorie eine weitere Antwort abseits der so ambivalenten Herstellung von illusionsloser Einsicht. Sie lautet: Wer nicht hören will, muss fühlen. Oder genauer gesprochen: Kommt es zu imperialistischen Konflikten, Kriegen und Zerstörungen, dann sind diese eine Chance für die Linke, da nun die Gewalt des Imperialismus insbesondere von Arbeitern am eigenen Leibe erfahren wird bzw. diese Brutalität wird medial so sichtbar, dass nun endlich anti-imperiale Aufklärung und Politik verfangen können. Das klassische Beispiel hierfür wäre die Zimmerwalder Konferenz im Jahr 1915, bei der sich

jene Linken trafen, die entschieden gegen die Mitmachpolitik der Arbeiterparteien im Ersten Weltkrieg opponierten. Das politische Spektrum war zwar sehr heterogen, es reichte von pazifistischen Positionen bis hin zu Überlegungen, aus dem Ersten Weltkrieg einen revolutionären Weltbürgerkrieg zu machen. Aber allen gemeinsam war, dass sie die Fortführung des Ersten Weltkriegs an der Seite der herrschenden Klassen ablehnten und zugleich hofften, dass ihre anti-imperiale Perspektive alsbald bei Arbeiter:innen und einfachen Soldaten auf breite Zustimmung stoßen würde.

Dass diese Überlegung alles andere als falsch war, zeigt sich leicht. Schließlich kann man die Jahre von 1916 bis 1923, also die Zeit rund um das Ende des Ersten Weltkriegs, durchaus als geschichtlichen Höhepunkt einer radikalen und militanten Arbeiterbewegung begreifen, ebenso wie man kaum leugnen wird, dass die Toten des Ersten Weltkriegs, die sozialen Verwerfungen, aber auch die Agitation der Linken eine wichtige Rolle bei alledem spielten. Allein: Nichts umnebelt das Urteilsvermögen so sehr wie vergangener Ruhm. Man glaubt dann nicht nur, diesen Ruhm leicht wiederholen zu können, man ist zu diesem Zwecke zudem bereit, die aktuelle Realität im Sinne der Vergangenheit gedanklich hinzubiegen. Gerade im Fall des Ukraine-Kriegs wird das deutlich. In manchen linken Stellungnahmen wird dieser Krieg zu einem imperialistischen Stellvertreterkrieg erklärt, damit dann im Sinne der Zimmerwalder Linken dafür plädiert werden kann, die Linke müsse sich wie 1915 von den herrschenden Klassen distanzieren, um den Krieg für sich agitatorisch auszunutzen.

Nur: Inwieweit ist der Ukraine-Krieg im Jahr 2025 mit dem Ersten Weltkrieg im Jahr 1915 vergleichbar? Sieht man einmal von offensichtlichen Unterschieden wie etwa der Zahl der beteiligten Länder ab, dann umnebelt sich die antiimperialistische Linke aktuell mit der Gleichsetzung dieser beiden Kriege doppelt. Erstens: Im Gegensatz zum Ersten Weltkrieg ist die Frontstellung der politischen Systeme in der aktuellen Situation weitgehend eindeutig. Selbst wenn wir das Ganze als imperialen Konflikt auffassen, kommen wir nicht umhin festzustellen, dass auf der einen Seite teils extrem autoritäre Staaten wie Russland, China und Nordkorea an einem Strang ziehen, während auf der anderen Seite Länder wie die Ukraine, die USA und die EU kämpfen, in denen Menschen eine ganze Reihe bürgerlicher Rechte genießen. Wer also an den vergangenen Ruhm anknüpfen will, erklärt damit Staatengruppen implizit für gleichrangig, die dies zumindest innenpolitisch mit Sicherheit nicht sind. Zweitens: Im Gegensatz zu 1915 ist die politische Linke in fast allen Ländern des Konflikts heute marginal. Entsprechend hat der Rekurs auf Zimmerwald etwas von Selbstüberhöhung, nicht zuletzt deshalb, weil es kaum linke Infrastrukturen gibt, um im Zeitalter des digitalen Mediendschungels die unterdrückten Klassen zu erreichen und zum antiimperial-internationalistischen Kampf aufzurufen. Doch schlimmer noch: Eine Linke, die sich so unkritisch an ihrer heroischen Vergangenheit orientiert, könnte sich damit sogar ihr eigenes Grab schaufeln. Warum nämlich eine Linke, die nicht einmal in bürgerlichen Demokratien noch wirkmächtig ist, in einer Welt der autoritären politischen Systeme zu neuer Blüte finden sollte, ist schleierhaft.

Das Primat der Politik

Es ist allerdings wichtig, noch einen Moment bei der staatstheoretischen Dimension der Imperialismustheorie zu verbleiben. Gehen wir noch einmal zu Marx zurück: Er hoffte, dass in den fortgeschrittenen bürgerlichen Gesellschaften die Revolution selbstregierungsfähige Arbeiter an die Schalthebel der Macht führen würde, weil damit die politische und soziale Revolution unweigerlich eng miteinander verknüpft wären. Im Vorlauf der Russischen Revolution blieb dieser Gedanke insofern weltpolitisch aktuell, als eine Revolution in Russland lediglich den Zündfunken geben sollte für die Revolution in den fortgeschrittenen bürgerlichen Gesellschaften dieser Epoche. Weil aber genau diese Arbeiterrevolution in den großen Industriestaaten auch in den 1920er Jahren ausblieb, wurde die Marxsche Revolution »von unten« immer mehr durch das Modell des »Sozialismus in einem Lande« verdrängt. In der Linken begann die nationale, politische Souveränität die soziale Revolution als Ziel zu überlagern, aus zumindest rhetorisch proletarischen Bewegungen wurden Volksfronten, Volksbefreiungen und Volksdemokratien.

Diese Entwicklung würde sicherlich die Diskussion einer ganzen Reihe von Aspekten erlauben. Ich will es bei drei Punkten belassen. Erstens: Die Überlagerung des Ziels der sozialen Emanzipation der Arbeiter durch den Kampf für staatliche Macht wurde anfangs kaum bemerkt, hatten doch viele Linke seit der Zweiten Internationale ein gelinde gesagt holzschnittartig-politizistisches Sozialismusverständnis. Lenin pries bekanntermaßen in *Staat und Revolution* die effiziente staatliche Institution der Post als Muster für sozialistisches Wirtschaften, sodass die soziale Revolution bei ihm mit der politischen fast deckungsgleich war.

Zweitens: Nach 1945 wurden radikale Arbeiterrevolten in den Industriestaaten rar, während die antikolonialen Emanzipationskämpfe weltpolitisch bedeutsam wurden. Dass damit der imperialismustheoretische Akzent endgültig in Richtung des Ziels »politische Souveränität« kippte, kann nicht verwundern, ließ diese Entwicklung doch eine von Arbeiter:innen getragene soziale Revolution in den reichsten Ländern unwahrscheinlich werden, während außerhalb der Zentren plötzlich fast überall Kämpfe um politische Macht ausgefochten wurden. So begann sich nun über Jahrzehnte hinweg ein antiimperialistisches Interpretationsschema der Weltpolitik herauszubilden. In seiner schlechtesten, aber verbreitetsten Variante lief es darauf hinaus, dass immerfort die imperialen Zentren – allen voran die USA – zum politischen Feind stigmatisiert wurden und zugleich die nationalen Befreiungsbewegungen bedingungslose Solidarität erhielten.

Drittens: Dieses Interpretationsschema der antiimperialistischen Linken sorgte mit der Zeit für teilweise gruselige Parteinahmen. Mao konnte mehrere Millionen Menschen durch seine Politik umbringen, aber im Westen florierte ab den 1960er Jahren der Maoismus. Das finstere Albanien Enver Hoxhas schien einigen Linken durchaus unterstützenswert. Und noch 1981 bekamen die Roten Khmer 250.000 DM vom Kommunistischen Bund Westdeutschlands gespendet, obgleich deren Völkermord längst bekannt war. Mit dem fast gänzlichen Ende radikaler und militanter Arbeiterkämpfe in den globalen Zentren ab den 1980er Jahren und schließlich mit dem Zusammenbruch des Ostblocks wurde das imperialismustheoretische Reiz-Reaktions-Schema dann endgültig zu dem, was es heute ist – eine Kompensationsideologie. Einerseits hatte die Linke bei Lichte besehen immer weniger politisch zu melden, andererseits aber konnte sie sich qua Imperialismustheorie weiterhin weltpolitisch aufspielen. Der Unterschied von heute zu früher ist dabei, dass nationale Befreiungsbewegungen vor Jahrzehnten zumindest linkspolitische Codes wie rote Sterne oder Ährenwappen herzeigen mussten, während mittlerweile sogar islamistische Bewegungen wie die Hamas von manchen Linken gefeiert werden.

Ohne Schablonen auskommen

Halten wir also so viel fest: Seit der Zeit des Ersten Weltkriegs hat die Imperialismustheorie der Linken kaum mehr geholfen. Im Gegenteil: Sie hat den Marxismus im 20. Jahrhundert an die Stelle von Marx gesetzt und damit der Dogmatisierung in erheblichen Teilen der Linken großen Vorschub geleistet. Sie hat den antiimperialen Kampf für politische Souveränität an die Stelle der Emanzipation der Arbeiter:innen zu setzen geholfen. Sie hat dafür gesorgt, dass progressive Formen bürgerlicher Herrschaft einem Teil der Linken herzlich egal geworden sind, weil diese auf imperialer Ausbeutung beruhen. Sie paralysiert die Linke schließlich in erheblichem Maße, weil sie Positionierungen so einfach macht, am Ende muss es irgendwie dann doch gegen den Westen gehen, oder?

Das aktuelle Ergebnis: Es gibt zu viele Linke, die teilnahmslos und womöglich sogar schadenfroh den Angriffen auf die rechtsstaatliche, liberale Demokratie zuschauen, während sie manch antiimperialistischer Inszenierung von Autokraten kaum Kritik entgegenbringen. Dem Nachdenken über die weltpolitischen Zäsuren, die wir erleben, sind solche imperialismustheoretischen Reflexe nur hinderlich. Aber vielleicht haben sich viele Linke im Rechthabenwollen und Argumentewiederholen auch gemütlich eingerichtet, vielleicht genügt es ihnen, meinungsstark aber wissensschwach zu sein?

** Slave Cubela wird wahrscheinlich bald für eine große deutsche Gewerkschaft gearbeitet haben.*

Anmerkungen:

1 *Johannes Busch-Weßlau: Der Marxismus und die Legitimation politischer Macht. Frankfurt a.M. / New York 1990, S. 166.*
2 *Karl Marx: Theorien über den Mehrwert. MEW Band 26.2, S. 112.*
3 *Rudolf Walther: »... aber nach der Sündflut kommen wir und nur wir«. »Zusammenbruchstheorie«, Marxismus und politisches Defizit in der SPD 1890–1914, Frankfurt a.M. / Berlin 1981, S. 295.*
4 *Zitiert nach: Busch-Weßlau: Der Marxismus, S. 188.*

VSA: Gramsci nachgehen

Giuseppe Fiori
Das Leben des Antonio Gramsci
Herausgegeben von Christoph Nix
Aus dem Italienischen von Renate Heimbucher und Susanne Schoop
304 Seiten | € 19.80
ISBN 978-3-96488-218-9
Die wichtigste Biografie über Leben und Wirken des italienischen Theoretikers und Politikers.

Christoph Nix
Gramscis Geist
Ein Sardisches Tagebuch
Mit Zeichnungen von Katrin Bollmann und Fotos von Sebastiano Piras | 144 Seiten | € 14.00
ISBN 978-3-96488-223-3
Wege, wie man Sardinien neu entdecken und dabei immer mal wieder Antonio Gramsci begegnen kann.

Mehr Infos zum Verlagsprogramm: www.vsa-verlag.de

Diesmal im Forum Gewerkschaften: Johannes Specht über anstehende Neuordnungen und Arbeitskämpfen bei den Essenslieferdiensten, Robert Hinke über das Dienstleistungsproletariat in Krankenhäusern und Dieter Knauß mit Hermann G. Abmayr über Willi Bleicher – einen Widerständigen.

Jahresabonnement: € 85 (11 Hefte + Supplements); Ermäßigt: € 65; Kennenlernabo (3 Hefte + Supplement): € 20. Bestellungen im Netz.

Regelmäßig im Netz unter www.sozialismus.de Kurzanalysen & Kommentare ohne Paywall zwischen den monatlichen Printausgaben.

Aktiv gegen Kriegstüchtigkeit

Möglichkeiten von Betriebsräten, das BetrVG antimilitaristisch zu nutzen – von Marcus Schwarzbach*

Die Militarisierung der Gesellschaft wird von Bundesregierung und Kapitalvertretern vorangetrieben. Verteidigungsminister Boris Pistorius verkündet, das Land müsse »kriegstüchtig« werden. Die Satzung der IG Metall sieht eine klare Positionierung vor. Die Gewerkschaft soll sich einsetzen »für die Sicherung und den Ausbau des sozialen Rechtsstaates und die weitere Demokratisierung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung und den Schutz der natürlichen Umwelt zur Sicherung der Existenz der Menschheit«.

In der Praxis sieht es jedoch anders aus. Vielerorts begrüßen es Gewerkschaftsvertreter:innen, wenn Rüstungsstandorte ausgebaut werden. Immer mehr Stellen werden im Militärbereich geschaffen. Nach einer Absichtserklärung sollen bis zu 100 Beschäftigte des Automobilzulieferers Continental vom Bremsenwerk in Gifhorn zur neu entstehenden Rheinmetall-Munitionsfabrik wechseln. Der deutsch-französische Panzerbauer KNDS hat das Eisenbahnwerk in Görlitz vom Lokomotivhersteller Alstom übernommen. Dazu erklärte der Bundesvorstand der IG Metall im April, es gehe »nicht um Aufrüstung, sondern um Ausrüstung«.[1]

Sehenswertes

Die Zähen ohne die Gefräßigen

Film | franz. mit dt. UT | 83 min | 2017 | labournet.tv

Über Jahre kämpften die Arbeiter:innen der Teebeutelfabrik Fralib bei Marseille gegen die Schließung. 2011 besetzten sie die Fabrik, 2014 gründeten sie eine Genossenschaft und übernahmen die Produktion in Selbstverwaltung. Im dritten Teil seiner Trilogie über die besetzte Teebeutelfabrik dokumentiert Claude Hirsch den Übergang vom Kampf gegen die Fabrikschließung zur Aufnahme der Produktion.

Gezeigt werden die kollektiven Beratungen und Entscheidungen der Arbeiter:innen, genauso ihre Herausforderungen, etwa das Erschließen neuer Vertriebswege. Der Film erläutert die Prinzipien der Genossenschaft: Jedes Mitglied trägt Verantwortung und hat eine Stimme bei der gemeinsamen Gestaltung des Unternehmens, einschließlich des Vergütungsmodells. Der erste und zweite Teil der Trilogie können ebenfalls auf labournet.tv angesehen werden.

Möglichkeiten des BetrVG nutzen

In den 1980er Jahren haben friedenspolitisch engagierte IG-Metall-Arbeitskreise für Rüstungskonversion geworben und Konzepte entwickelt, wie Waffenfabriken auf zivile Produkte umgestellt werden können. »Kriegsproduktion funktioniert auch deshalb, weil es im Kapitalismus eine Entfremdung zwischen dem Produzenten und den von ihm hergestellten Produkten gibt«, sagt Ulrike Eifler, die bei der IG Metall in Würzburg arbeitet.[2]

Wollen gewerkschaftliche Vertrauensleute und Betriebsräte gegen die Kriegstüchtigkeit aktiv werden, müssen sie vor Ort beginnen. Das ist keine leichte Aufgabe. Möglichkeiten bietet jedoch das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG). Die rechtlichen Optionen sollten mit betriebspolitischen Instrumenten verknüpft werden, um Friedenspolitik in der Belegschaft zu verankern.

Vielen Gewerkschaftsmitgliedern ist klar: Umverteilung, der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur und der Umbau der Industrie sind auf eine friedensstiftende Außenpolitik angewiesen. »Jeder Euro, der jetzt in den Rüstungshaushalten verschwindet, der fehlt uns für gute Bildung, gute Renten und eine ausfinanzierte öffentliche Daseinsvorsorge«[3], sagt Derya Rust, Gewerkschaftssekretärin der IG Metall Salzgitter-Peine.

Zunächst ist der rechtliche Rahmen zu beachten: Der Betriebsrat ist nach Paragraph 2 BetrVG zur »vertrauensvollen Zusammenarbeit« mit der Unternehmensleitung verpflichtet und darf im Betrieb keine Parteipolitik betreiben. Er verfügt bei unternehmerischen Entscheidungen – etwa bei Umstellung eines Autozulieferers auf Rüstungsproduktion – über kein Mitbestimmungsrecht.

Das Gesetz bietet dem Betriebsrat jedoch durchaus Möglichkeiten, unternehmerische Pläne kritisch zu hinterfragen. Besondere Bedeutung haben für Betriebsräte die Möglichkeiten zur Beschäftigungssicherung nach Paragraph 92a BetrVG, die einen Verhandlungsanspruch enthalten, ohne dass bereits ein Sozialplan angestrebt werden muss. Das Vorschlagsrecht kann jederzeit eingesetzt werden, um der Gefährdung von Arbeitsplätzen vorzubeugen.

Von Betriebsräten kann diese Regelung genutzt werden, um über Gegenvorschläge zur geplanten Umstellung der Produktion auf Rüstungsgüter zu verhandeln. Denn Vorschläge nach Paragraph 92a BetrVG können auch Alternativen zum Produktions- und Investitionsprogramm beinhalten. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Vorschläge mit dem Betriebsrat zu beraten. Hält er die Vorschläge des Betriebsrats für ungeeignet, hat er dies zu begründen. Das Vorschlagsrecht ist also begrenzt, kann aber eingesetzt werden, um deutlich zu machen: Alternativen sind möglich. Es können auch andere Produkte als Militärgerät hergestellt werden.

Die Belegschaft einbeziehen

Ideen können in Sitzungen des Betriebsrats erarbeitet werden. Dabei ist die Belegschaft nicht zu vergessen, sie sollte motiviert werden, eigene Vorschläge einzureichen. Aufrufe können über eine Betriebsversammlung, durch persönliche Ansprache in betroffenen Abteilungen oder per Intranet erfolgen. Den Beschäftigten sollte klar sein, welches Betriebsratsmitglied für Fragen vor Ort zur Verfügung steht. Über diese Vorschläge aus der Belegschaft kann dem Unternehmen deutlich gemacht werden, dass die vom Betriebsrat vorgetragenen Vorstellungen denen der Belegschaft entsprechen.

Eine besondere Rolle spielen dabei Innovationen. Das Thema kann dem Betriebsrat die Chance bieten, sich von der defensiven Personalkostendiskussion zu lösen und zukunftsweisende Vorschläge zu erarbeiten, die das Unternehmen weiterbringen und so Arbeitsplätze sichern – jenseits der Umstellung auf Rüstungsproduktion. Vorschläge können aus unterschiedlichen Bereichen des Betriebs kommen: Beschäftigte im Verkauf kennen sich mit Kundenwünschen aus, Kolleg:innen aus der Produktion haben spezifische Kenntnisse, auch Angestellte aus der Entwicklungsabteilung haben ein Interesse am Erhalt der Arbeitsplätze. Innovationen durch neue Produkte oder verbesserte Dienstleistungen sind für viele Betriebe Grundlage des Unternehmenserfolgs. Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen ist eine klassische Aufgabe der Geschäftsführung. Doch während Veränderungen oftmals nur genutzt werden sollen, um Kosten zu senken, kann der Betriebsrat hier ein Innovationsmanagement vorschlagen, bei dem die Interessen der Beschäftigten berücksichtigt werden.

In welcher Form Ideen entwickelt werden, bleibt dem Gremium überlassen:

- Der Betriebsrat kann bei einer Klausurtagung das Thema eigenständig angehen und eigene Ideen entwickeln.
- Er kann gemeinsam mit Beschäftigten – die als Auskunftspersonen nach Paragraph 80 Abs. 2 Satz 3 BetrVG hinzugezogen werden – Innovationen erarbeiten.
- In einer Betriebsversammlung kann über die Planungen informiert werden, Alternativen zur Rüstungsproduktion zu entwickeln. Dabei sollte die Belegschaft aufgefordert werden, sich selbst Gedanken zu machen und Vorschläge bei Betriebsratsmitgliedern einzureichen.

Der Wirtschaftsausschuss – ein wichtiges Gremium

Sofern das Unternehmen eine Umstellung auf Rüstungsproduktion plant, muss der Betriebsrat frühzeitig Informationen dazu beschaffen. Eine wichtige Bedeutung hat in diesem Zusammenhang der Wirtschaftsausschuss, der die Aufgabe hat, wirtschaftliche Angelegenheiten zu beraten und den Betriebsrat zu unterrichten. Nach Paragraph 106 BetrVG hat die Geschäftsführung den Wirtschaftsausschuss rechtzeitig und umfassend über die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Unternehmens unter Vorlage der erforderlichen Unterlagen zu unterrichten. Der Wirtschaftsausschuss benötigt zumindest folgende Informationen über den Stand der Planungen:

- Welche Ziele verfolgt das Unternehmen mit der geplanten Umstrukturierung?
- Welche Kosten entstehen?
- Welche Kosten-Nutzen-Analysen anhand verschiedener Szenarien liegen vor?
- Welche Auswirkungen haben die Planungen auf die Beschäftigten?

Sämtliche wirtschaftlichen Planungen, die Auswirkungen auf die Beschäftigten haben können, sind dem Wirtschaftsausschuss zur Beratung vorzulegen.

Diskussionen über ein Gegenkonzept zuspitzen

Vorschläge nach Paragraph 92a BetrVG kann die Unternehmensleitung ablehnen. Diskussionen über sein Gegenkonzept zur Militarisierung der Produktion kann der Betriebsrat jedoch nutzen, um den Zusammenhang zwischen Rüstungsausgaben und Sozialabbau herzustellen. »Überhaupt halten sich die Gewerkschaften nach wie vor mehr als zurück, wenn es darum geht, den einfachen Zusammenhang zwischen schuldenfinanzierter Militarisierung und steigenden Lebenshaltungskosten zu thematisieren«, kritisiert Malte Meyer, Autor von »Lieber tot als rot. Gewerkschaften und Militär in Deutschland seit 1914«.[4]

Betriebsräte und gewerkschaftliche Vertrauensleute können die Diskussionen im Betrieb über eine andere Art der Produktion aufgreifen, um zu verdeutlichen: Alternativen sind möglich, der Weg der Militarisierung ist eine politische Fehlentscheidung, die auch rückgängig gemacht werden kann. So diskutieren in der Initiative »Verkehrswendestadt Wolfsburg« Umweltaktivist:innen und Arbeiter:innen über zukunftsweisende Produktion. Sie halten sichere Arbeitsplätze für realistisch, wenn die Produkte einen gesellschaftlichen Nutzen haben. Sie haben zum Beispiel den Vorschlag entwickelt, Straßenbahnen statt neuer SUV-Modelle zu produzieren. Diese Logik gilt auch bei Rüstungsproduktion. In der Friedensbewegung sollte eine Diskussion über das Aktionsfeld »Betrieb« geführt werden.

** Marcus Schwarzbach ist Berater für Betriebsräte in Kassel und Autor von »Work around the clock? Industrie 4.0, die Zukunft der Arbeit, und die Gewerkschaften«.*

***Anmerkungen**:*

1 *Christian Lelek: IG Metall zur Zeitenwende. Abrüsten, ausrüsten, aufrüsten, 25. April 2025, nd.*
2 *»Die Zeitenwende ist ein Klassenangriff«. Interview mit Derya Rust und Ulrike Eifler, 23. Mai 2025, BAG Betrieb und Gewerkschaft der Linken.*
3 *Ebenda.*
4 *Malte Meyer: Nachhut der Mobilmachung, analyse & kritik, Juni 2025. www.akweb.de/bewegung/gewerkschaften-und-aufruestung-nachhut-der-mobilmachung*

Reformer der Gewerkschaftspresse und Gegner des NS

Würdigung des wenig bekannten Gewerkschafters Hermann Scheffler – von Peter Nowak*

Als »Reformer der Gewerkschaftspresse« wird Hermann Scheffler vom Historiker und emeritierten Politikprofessor Siegfried Mielke in einem kürzlich im Metropol Verlag erschienenen Band charakterisiert. Doch dass der Verlag den bisher weitgehend unbekannten Scheffler auf 194 Seiten würdigt, liegt vor allem daran, dass er Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime war. Es ist das jüngste Buch der verlagseigenen Reihe »Gewerkschafter im Nationalsozialismus. Verfolgung – Widerstand – Emigration«.

Im Vorwort stellt Mielke den Band in einen größeren Zusammenhang: »Die vorliegende Biographie über Hermann Scheffler im Widerstand gegen das NS-Regime ist Teil eines größeren Projekts über Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen während der NS-Zeit. In überschaubare Einzelprojekte aufgeteilt, wird der Versuch unternommen, die vom DGB in den 1950er und 1960er Jahren

geplanten Projekte einer ›Ehrentafel‹ bzw. eines ›Goldenen Buches der Treue‹, die beide in den Anfängen stecken blieben, zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen« (S. 7).

Schon wenige Jahre nach dem Ende des NS hatten ehemalige Nazis in der Bundesrepublik wieder Fuß gefasst. Aktiver Widerstand gegen den NS war dagegen nicht karrierefördernd. Dieses politische Klima zeigt sich auch darin, dass nach Schefflers frühem Tod 1951 seine antifaschistische Arbeit vergessen wurde.

Das Buch holt die ausgebliebene Würdigung fast 75 Jahre nach Schefflers Tod nach und schreibt ein Stück bisher weitgehend unbekannter Geschichte des gewerkschaftlichen Widerstands gegen den NS. Erfreulich ist, dass dabei die bis heute offenen Fragen klar benannt werden.

Verdienste, Illusionen, Widerstand

Zunächst wird Schefflers Aufstieg im Deutschen Holzarbeiter-Verband (DHV) beschrieben, der vor dem Ersten Weltkrieg begann und mit einer aktiven Mitgliedschaft in der SPD verbunden war. Der Erste Weltkrieg und die nachfolgenden revolutionären Ereignisse, die die Spaltung der Arbeiter:innenbewegung vorantrieben, scheinen Scheffler wenig tangiert zu haben. Mielke schreibt, dass er »weder zu den Anhängern der Anti-Kriegs-Opposition noch zu Beginn der Novemberrevolution zu deren aktiven Unterstützern« (S. 32) gehörte.

Bekannt wurde er in der Weimarer Republik als Erneuerer der Gewerkschaftspresse. In einem Protokoll des Verbandstags des Deutschen Holzarbeiter-Verbands wird »Hermann Schefflers Rolle bei der Revolutionierung der Aufmachung der Gewerkschaftspresse« (S. 35) besonders hervorgehoben. Ihm sei es zu verdanken, dass die Holzarbeiter-Zeitung (HAZ) von einem tristen Funktionärsblatt zu einer Zeitung wurde, die auch von den Frauen der überwiegend männlichen Gewerkschaftsmitglieder gelesen wurde. Sowohl eine moderne Gestaltung als auch die Erweiterung des Themenspektrums – Unterhaltung und Kultur, aber auch Rechtliches fanden Platz – machten die HAZ attraktiver.

Im Weiteren geht Mielke auf Schefflers Haltung zum aufsteigenden Nationalsozialismus ein. Mit vielen sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionär:innen teilte er 1933 noch die Illusion, die Gewerkschaften könnten ihre Rolle als Verhandlungspartner bei der Aushandlung des Preises der Ware Arbeitskraft behalten. »Noch am 15. April 1933 vertrat die HAZ, deren langjähriger Redakteur Scheffler war, die Parole ›Gewerkschaften sind unentbehrlich‹, denn ohne die ›leistungsfähigen Gewerkschaften‹ seien die Probleme der kranken deutschen Wirtschaft nicht zu lösen« (S. 46).

Doch spätestens nach der Zerschlagung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds (ADGB) am 2. Mai 1933 musste auch Scheffler erkennen, dass das NS-Regime für den Betriebsfrieden die Hilfe der Reformgewerkschaften nicht brauchte. Er verlor damit auch seine Anstellung als Redakteur der HAZ. Von politischer Verfolgung blieb Scheffler zunächst verschont, was Mielke auch damit erklärt, dass er kein politisches Amt in der SPD ausgeübt hatte. »Unter Widerstand verstand Scheffler in erster Linie, den Zusammenhalt zwischen den ehemaligen DHV-Mitgliedern zu wahren und den Gewerkschaftsgedanken aufrechtzuerhalten« (S. 114), betont Mielke. Im Unterschied zu den Kommunist:innen verzichteten die sozialdemokratischen Gewerkschafter:innen in ihrem Kampf gegen den NS weitgehend auf das Verteilen von Flugblättern und das Abhalten von Konferenzen.

Siegfried Mielke: »Hermann Scheffler (1884 – 1951). Reformer der Gewerkschaftspresse und Widerstandskämpfer gegen den NS«, Metropol Verlag 2025, ISBN: 978-3-86331-778-2, 193 Seiten, 19 Euro

Im Buch geht Mielke ausführlich auf die Arbeit des Vertrauensnetzwerks ehemaliger DHV-Mitglieder und der »Illegalen Reichsleitung der Gewerkschaften« (IRL) ein. Dabei betont er, dass deren Bedeutung für den Widerstand gegen den NS bis heute strittig ist: »Trotz intensiver Recherchen, um entsprechende Belege für eine ›Illegale Reichsleitung‹ des DHV als organisatorischen Unterbau der IRL zu finden, blieb das Ergebnis eher unbefriedigend« (S. 101). Bewiesen ist allerdings, dass Scheffler seine Arbeit in einem Verlag nutzte, um Kontakte zu ehemaligen Funktionär:innen und Mitgliedern des DHV aufzubauen. Auch bei seinen Geschäftsreisen ins Ausland traf er ehemalige Gewerkschaftskolleg:innen. Dafür hat Mielke zahlreiche Zeugnisse gefunden. Unklarer ist die Quellenlage über die Intensität der internationalen Kontakte, vor allem mit holländischen Gewerkschafter:innen.

Ermordete Kollegen

Ins Visier der NS-Repressionsorgane geriet Scheffler erst, als ihnen nach der Besetzung des tschechischen Sudetenlandes durch die Wehrmacht Dokumente der »Auslandsvertretung der Deutschen Gewerkschaften« (ADG) in die Hände fielen. Auch als Büros des deutschsprachigen Internationalen Metallarbeiterverbands in der Tschechoslowakei durchsucht wurden, fand man Zeugnisse über Schefflers Aktivitäten gegen den NS. Am 3. Juli 1939 wurde er wegen »Vorbereitung zum Hochverrat« verhaftet. Zunächst war er im Polizeipräsidium am Berliner Alexanderplatz inhaftiert, von dort wurde er ins KZ Sachsenhausen verbracht und dann bis zum Beginn des Prozesses in das Untersuchungsgefängnis Berlin-Moabit.

Scheffler schrieb in der Haft Tagebuch, zwei Seiten daraus sind im Buch abgedruckt. Dort notierte er: »Ich könnte mich beinahe vor mir selber fürchten. In diesen zwanzig Wochen Haft mit den vielen Herz und Nieren verzehrenden Erlebnissen bin ich um mindestens zehn Jahre gealtert« (S. 56). Zu besagten Erlebnissen gehört die Ermordung der Gewerkschafter Lothar Erdmann und Hermann Jochade im September 1939 im KZ-Sachsenhausen, die Scheffler mitbekam. Sie wurden von der SS tagelang schwer gefoltert. »Besonders der Tod von Lothar Erdmann, den Hermann Scheffler als Vorsitzender des Fachausschuss der Gewerkschaftspresse gut kannte, muss ihn tief getroffen haben« (S. 57), schreibt Mielke.

1946 verfasste Scheffler Erinnerungen, in denen er auf die grausigen Details des Mords einging: »Durch das Schlagen und Treten in alle Körperteile hatten auch die inneren Organe schweren Schaden gelitten. Erdmann konnte, als ich ihn sprach, schon seit Tagen keinen Urin lassen, hatte keinen Stuhlgang mehr, weil seine Organe nicht mehr funktionierten. Daher auch sein aufgedunsenes Gesicht und sein geschwollener Körper. ›Lieber S.‹, stammelte er unter Tränen, ›ich muss sterben (...)‹. Zwei Tage später war er tot« (S. 57).

Scheffler wurde am 4. Oktober 1940 mangels Beweisen aus der Haft entlassen. In den folgenden Jahren arbeitete er u.a. als Schriftleiter für Fachzeitungen, die auch NS-freundliche Artikel veröffentlichten. Das wurde ihm nach 1945 von Gewerkschaftskolleg:innen vorgeworfen. Genutzt hatte ihm seine Tarntaktik allerdings nur bedingt – er stand weiterhin unter Beobachtung der Gestapo und riskierte u.a. ein weiteres Hochverratsverfahren. Auch auf diese Auseinandersetzung unter Gewerkschafter:innen nach dem Nationalsozialismus geht Mielke im Buch ein. Ihm ist es gelungen, den Widerstand eines Gewerkschafters bekannt zu machen, ohne ihn auf ein Denkmal zu stellen. Die Würdigung von Schefflers Arbeit, die vor Jahrzehnten versandete, wird damit heute nachgeholt.

* *Peter Nowak ist freischaffender Journalist und Aktivist.*

dasnd.de/digitallesen

LINKS SEIN IST KOMPLIZIERT.

Zeitung lesen in unserer APP ganz einfach.
Jetzt mit neuen Features: Suchfunktion, Merkliste und Geschenk-Links.

nd DEINE ZEITUNG

Dringliches

Fachtag »Ungleicher Zugang zum Recht«

Der Rechtsstaat in Deutschland basiert darauf, dass alle von Rechtsverletzungen Betroffenen Zugang zum Recht haben, dass sie ihre formal garantierten Rechte also auch praktisch einfordern können. Empirisch zeigt sich jedoch, dass individuelle Möglichkeiten der Rechtsmobilisierung sich entlang gesellschaftlicher Ungleichheitsverhältnisse teils stark unterscheiden. Im Zuge der aktuellen Konjunktur libertär-autoritärer, radikalisiert-konservativer und rechtsextremer Politik wird der Zugang zum Recht für marginalisierte Gruppen weiter eingeschränkt (u.a. durch offen rechtswidriges Agieren staatlicher Apparate, etwa bei Zurückweisungen von Asylsuchenden an den Außengrenzen oder dem Sozialleistungsausschluss für Dublin-Geflüchtete). Der Fachtag stellt aktuelle Forschungsergebnisse und Erfahrungen aus der Praxis von (Rechts-)Beratungsstellen zur Diskussion. Dabei stehen folgende Leitfragen im Mittelpunkt: Wie wirkt sich gesellschaftliche Ungleichheit auf den Zugang zum Recht aus? Welche Barrieren gibt es beim Zugang zum Recht? Was bedeutet das für das rechtsstaatliche Gleichheitsversprechen? Wie kann im Kontext gegenwärtiger politischer Kräfteverhältnisse (z.B. wachsende soziale Ungleichheit, Rassismus und Autoritarismus, Mittelkürzungen im Bereich der Rechtsberatung) der Zugang zum Recht für alle befördert werden?

Aus dem Programm

- Nikolai Huke (Universität Hamburg): Zugang zum Recht im Kontext der aktuellen Konjunktur libertär-autoritärer, radikalisiert-konservativer und rechtsextremer Politik
- Michael Wrase (WZB/Universität Hildesheim): Un/Gleicher Zugang zum Recht? Normativer Anspruch und Wirklichkeit
- Christiane Tursi (verikom gGmbH): Multiple Benachteiligungen – Ungleicher Zugang zum Recht aus der Perspektive der Migrationssozialberatung
- Maria Seidel (Fachstelle Migration und Gute Arbeit Brandenburg): Warum nur wenige prekär beschäftigte Migrant:innen ihre Arbeitsrechte vor Gericht einklagen
- Birte Weiß (Antidiskriminierungsbüro Hamburg): Hürden und Strategien beim Zugang zum Recht für Betroffene von Diskriminierung
- Hannah Franke (Sächsischer Flüchtlingsrat): (Rechts-)Beratung im Kontext von Mittelkürzungen, Unterfinanzierung und Angriffen auf die demokratische Zivilgesellschaft

Der Fachtag richtet sich insbesondere an Praktiker:innen, etwa Jurist:innen, Sozialarbeiter:innen und Mitarbeiter:innen von Beratungsstellen oder Behörden. Studierende, Wissenschaftler:innen und andere Interessierte sind ebenfalls herzlich willkommen. Die Teilnahme ist kostenlos. Zur Anmeldung genügt eine Mail bis zum 31. Juli an: fachtag-recht.wiso@uni-hamburg.de

Termin: 11. September, 10-17 Uhr
Ort: Universität Hamburg

Unterstützung für Streikende bei Jeremias in Gniezno

Seit dem 3. Juni 2025 wird die Jeremias-Fabrik in Gniezno, Polen, bestreikt. Es handelt sich um eine Tochtergesellschaft des deutschen Konzerns Jeremias Abgastechnik, der die Gewinne aus der Produktion kassiert. Den Streik organisiert die polnische anarcho-syndikalistische Gewerkschaft OZZIP (Ogólnopolski Związek Zawodowy Inicjatywa Pracownicza). Sie fordert unter anderem eine monatliche Lohnerhöhung von 800 PLN, das entspricht etwa 190 Euro, eine Verlängerung der Pausenzeit auf 30 Minuten und eine Reduzierung des Arbeitstempos.

Fortsetzung S. 15 rechts

»The Golden Age is Coming«

Robert Schlosser* zu den ökonomischen Folgen der US-amerikanischen Zollpolitik

Den Zöllen, die die Trump-Regierung in den vergangenen Monaten einführte, haben wir in unserer vorletzten Ausgabe zwei Artikel gewidmet. Es ging um das Verhältnis der US-Gewerkschaften zum neuen Protektionismus und seine Folgen für Beschäftigte in Mexiko (*express* 5/2025, S. 10/11). Kürzlich haben sich die USA und China darauf verständigt, einige Zölle und Handelsbeschränkungen wieder zurückzunehmen. Zwischenzeitlich hatte die US-Regierung Zölle von 145 Prozent auf Importe aus China erlassen und den Export von Software und Luftfahrttechnik beschränkt; China wiederum hatte Zölle in Höhe von 125 Prozent auf Importe aus den USA erhoben und den Export seltener Erden reglementiert.

Was die US-Handelspolitik für die Weltwirtschaft und die Lohnabhängigen bedeutet, dazu hat Robert Schlosser auf dem »Communaut«-Blog einige Überlegungen angestellt. Wir dokumentieren sie, um eine Debatte darüber anzustoßen, welche ökonomischen Entwicklungen in Zukunft zu erwarten sind.

Wir leben zweifellos nicht im Jahr 1930, als der Smoot-Hawley Tariff Act in den USA in Kraft trat. Das Gesetz sollte durch Zölle auf tausende von Waren zusätzliche Einnahmen für die US-Regierung bringen und gleichzeitig Bauern sowie Industrien schützen. Stattdessen entwickelte sich ein Handelskrieg zwischen den kapitalistischen Ländern. Andere Staaten reagierten auf den Protektionismus der USA ebenfalls mit Zollerhöhungen. Der sich verallgemeinernde Protektionismus sorgte schließlich dafür, dass die schwere Wirtschaftskrise, die mit dem »Schwarzen Freitag« von 1929 begann, sich in eine lang anhaltende und schwere Depression der Weltwirtschaft verwandelte. Alle ernst zu nehmenden Ökonom:innen und Ökonomiekritiker:innen sind sich darin einig, dass der Handelskrieg sich verheerend auf die erweiterte Reproduktion von Kapital (»Wachstum«) auswirkte.[1]

Ein »revolutionärer Denker«, Dayan Djajadisastra, kommt jetzt zu ganz anderen Erkenntnissen. Unter dem Titel »Trump initiiert Handelskrieg und Zölle mit falschen Annahmen« wird er in der Online-Ausgabe der *Frankfurter Rundschau* vom 3. April zitiert:

»So erklärte Trump, dass die USA die Große Depression mit Zöllen hätten vermeiden können. (…) Während seiner Rede deutete Trump an, dass der wirtschaftliche Abstieg der USA bereits 1913 begonnen habe, als die Einkommenssteuer eingeführt wurde. ›Im Jahr 1913 wurde aus Gründen, die der Menschheit unbekannt sind, die Einkommenssteuer eingeführt, sodass nicht mehr ausländische Staaten, sondern die Bürger selbst das Geld für den Betrieb unserer Regierung zahlen mussten‹, so Trump. Weiterhin sagte er: ›Dann, im Jahr 1929, fand das alles ein abruptes Ende mit der Großen Depression. Und das wäre niemals passiert, wenn sie bei der Zollpolitik geblieben wären.‹«

»Libertären« Größen des Geistes wie Trump erscheint es ganz unerhört, wenn Einkommenssteuern für »den Betrieb der Regierung« eines Landes erhoben werden. Zumindest für den Betrieb der US-amerikanischen Regierung sollen gefälligst »ausländische Staaten« das nötige Geld zahlen. Was soll man auch von jemandem erwarten, der im Kampf gegen das Coronavirus Desinfektionsmittel spritzen lassen wollte? Es soll hier jedoch überhaupt nicht um die Blödheit gehen, mit der Reaktionäre wie Trump ihre Politik begründen,[2] sondern um die politische Praxis selbst und was sie für die kapitalistische Ökonomie und die darauf gegründete Gesellschaft bedeutet.

Freier Handel und nicht so freier Handel

Hätten die USA und andere Staaten auf die 2008 sich verallgemeinernde Wirtschaftskrise mit einer Handelspolitik reagiert, wie Trump sie jetzt in die Tat umsetzt, dann wäre sie nicht so glimpflich abgelaufen. Man hätte dann vermutlich nicht nur »in den Abgrund geschaut« (Peer Steinbrück), sondern wäre in ihn hinabgestürzt – ähnlich wie nach 1930. Aber 2008 funktionierte die unter Führung der USA nach dem Zweiten Weltkrieg installierte »kooperative Wirtschaftsordnung« noch. Alle wichtigen kapitalistischen Länder reagierten auf gleiche oder ähnliche Weise, um die spontane Krisendynamik zu brechen und die drohende Depression zu verhindern oder zu verkürzen. Der ruinöse Kampf der »verfeindeten Brüder« blieb aus.

Aus Sicht der Marx'schen Kapitalkritik verlangt die sich auf der Basis steigender Arbeitsproduktivität erweiternde kapitalistische Mehrwertproduktion eine entsprechende Ausdehnung des Marktes zur Realisierung des Mehrwerts. Sind praktisch alle Länder in den kapitalistischen Weltmarkt integriert, nachdem Kolonialismus und Staatssozialismus Geschichte sind, so verlangt die Ausdehnung des Weltmarktes vor allem Freihandel, eine Welt, in der das Kapital sich frei bewegen kann und vor allem die Höhe der Arbeitsproduktivität über Erfolg oder Misserfolg in der Konkurrenz entscheidet. Ein solcher Freihandel führt weder zu einer von Wirtschaftskrisen freien Entwicklung noch zu einer Aufhebung der enormen Unterschiede im Entwicklungsstand der verschiedenen Länder, aber er ist notwendige Bedingung für das Wachstum des Kapitals im Allgemeinen oder für allgemeines, weltweites kapitalistisches Wachstum. Indem der Freihandel die Akkumulation von Kapital begünstigt, fördert er zugleich die Tendenzen zur Überakkumulation und damit zur Krise. Den sozialen Preis dafür zahlen primär Lohnarbeiter:innen und freigesetzte, zur Lohnabhängigkeit ohne Lohnarbeit verdammte Subsistenz- und kleine Warenproduzent:innen weltweit.

Länder, die die Industrialisierung nachholen, die Anschluss gewinnen wollen an die entwickeltsten kapitalistischen Länder, können jedoch auf Protektionismus, den Schutz des nationalen Marktes, nicht verzichten. Ihr Erfolg hängt wesentlich von ihrem Protektionismus und dem vorherrschenden Freihandel auf dem Weltmarkt ab. Diese Zusammenhänge lassen sich recht gut an den tatsächlichen ökonomischen Entwicklungen in der Welt ablesen.[3]

Auf dem Weg zur Krise

Die Situation heute ist wesentlich anders als 1930 und auch 2008. Trump reagiert mit seiner Zollpolitik nicht auf eine spontan einsetzende und sich rasch entwickelnde Wirtschaftskrise. Sein Protektionismus zielt vorwiegend darauf ab, den drohenden Verlust der US-Dominanz in der Weltwirtschaft zu verhindern. Was in der ökonomischen Konkurrenz immer weniger gelingt, soll nun durch Staatsintervention mit politischen Mitteln erzwungen werden. Die USA seien über Jahrzehnte von ihren Handelspartnern »geplündert, gebrandschatzt und vergewaltigt« (Trump) worden. Wie die USA dennoch seit Jahrzehnten ihre führende Position in der Weltwirtschaft ausbauen konnten, wird so zu einem großen Rätsel. Erst mit dem nicht zuletzt durch US-amerikanische Investitionen in Gang gesetzten Aufstieg Chinas zur zweitgrößten kapitalistischen Wirtschaftsmacht ist diese Dominanz in Gefahr. Der Protektionismus der USA richtet sich daher auch vor allem gegen China.

Wenn hier von den USA oder China die Rede ist, dann sollte nicht vergessen werden,

dass es kapitalistische Unternehmen sind, die Waren produzieren und verkaufen. Nicht Staaten! Trump und seinesgleichen schwätzen immer nur von Staaten. Deren Regierungen setzen Rahmenbedingungen für den Handel, die sich entweder stärker am Freihandel oder am Protektionismus orientieren. Vom Freihandel profitieren am meisten die Einzelkapitale mit der höchsten Arbeitsproduktivität und besonders jene, die durch technologischen Vorsprung in Schlüsseltechnologien marktbeherrschend sind. Der Vorsprung in der Arbeitsproduktivität und technologischer Vorsprung in Schlüsseltechnologien waren lange Zeit der Garant für die Vorherrschaft der US-amerikanischen Wirtschaft. Diese Zeiten nähern sich dem Ende. Trump will alle Unternehmen, die nicht in den USA produzieren und in ihren Branchen dem US-Kapital in der Konkurrenz überlegen sind, »bestrafen«. Er will ihren ökonomischen Erfolg mit politischen Mitteln brechen. Dafür nimmt er eine Rezession in Kauf und erwartet von der Bevölkerung der USA, dass sie durchhält, bis das versprochene goldene Zeitalter anbricht. Wie nach dem Zweiten Weltkrieg? Trump ist nicht nur eine Knalltüte, sondern auch eine sehr gefährliche Knalltüte!

China ist im Bewusstsein seiner Stärke offensichtlich dazu bereit, mit gleicher Münze heimzuzahlen und Zölle in gleicher Höhe zu erheben. Sollte auch die EU als dritte große Wirtschaftsmacht der Welt sich zu einer ähnlichen Reaktion durchringen, dann braucht es nur noch etwas Zeit, bis die drastischen Zölle sich in ebenso drastischen Preiserhöhungen für Produktions- und Konsumtionsmittel niederschlagen. Ist es so weit, dann werden Waren in großem Umfang unverkäuflich und die Überproduktionskrise wird sich als Weltwirtschaftskrise entfalten. In Anbetracht der enormen Überakkumulation von Kapital in allen seinen Formen ist eine gigantische Entwertung und Vernichtung von Kapital dann nicht ausgeschlossen. Die sozialen Konsequenzen kann man sich kaum ausmalen.

Krise und Klassenbewusstsein

Als Kommunist sehe ich das heute mit sehr gemischten Gefühlen. Seit dem Scheitern der europäischen Revolutionen von 1848/49 waren Marx und Engels überzeugt: »Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krise. Sie ist aber auch ebenso sicher wie diese.«[4] Seit diese Sätze geschrieben wurden, hat es viele zyklische Krisen der Kapitalakkumulation gegeben. Nicht einmal die große Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre hatte eine Revolution zur Folge, wie sie Marx und Engels damals vorschwebte. Es existiert kein Automatismus, der eine kapitalistische Krise in eine beginnende soziale Revolution umschlagen lässt. Sicher erscheint aber auch, dass eine große soziale Revolution, die auf die ökonomische Befreiung von Lohnarbeit zielt, nur möglich wird auf Basis einer allgemeinen Weltwirtschaftskrise, die die Lebensverhältnisse der Masse der Lohnarbeiter:innen in allen entwickelten kapitalistischen Ländern grundlegend erschüttert. Ohne diese Voraussetzung kann es überhaupt nicht zu einer kommunistischen Revolution kommen.

Die bisherigen revolutionären Versuche von Lohnarbeiter:innen, den Kapitalismus zu überwinden und sich ökonomisch zu befreien (hauptsächlich die Pariser Kommune, die Russische Revolution und Revolutionen in Deutschland und Ungarn), entwickelten sich alle auf Basis eines gesellschaftlichen Zusammenbruchs, der allerdings jeweils Folge eines Krieges war. In diesen revolutionären Versuchen handelten Lohnarbeiter:innen als politisch selbstständige Klasse, mit einem mehr oder weniger entwickelten Klassenbewusstsein, von dem heute nicht mehr viel übrig geblieben ist. Ein radikales Bedürfnis nach ökonomischer Befreiung und allgemeiner sozialer Emanzipation wird von Lohnarbeiter:innen in den entwickelten kapitalistischen Ländern kaum noch artikuliert. Wer das tut, gehört zu einer einflusslosen Minderheit, die obendrein in Sekten zersplittert ist und teilweise Ziele propagiert, deren praktische Umsetzung im Staatssozialismus man nur als antikommunistisch bezeichnen kann.

Man kann als individuelle Lohnarbeiterin in einem entwickelten kapitalistischen Land heute teilweise ein ganz passables Leben führen. Das ändert aber nichts daran, dass die Arbeits- und Lebensumstände der Lohnarbeiter:innen und Erwerbslosen weltweit beschissen sind und nach ökonomischer Befreiung verlangen. Die Notwendigkeit einer sozialrevolutionären Umgestaltung der Gesellschaft mit dem Ziel der »Kontrolle sozialer Produktion durch soziale Ein- und Vorsicht« (Marx) auf der Basis von Gemeineigentum an Reproduktionsmitteln in Selbstverwaltung ist nicht vom Tisch.

Sie wird aber erst zu einer praktischen Notwendigkeit vor dem Hintergrund einer tiefen Krise der von der Kapitalverwertung abhängigen gesellschaftlichen Reproduktion. Es ist dabei ganz gleichgültig, ob diese Krise sich einstellt als Resultat spontaner Marktentwicklung, der Zerstörung der stofflichen Lebensgrundlagen auf diesem Planeten oder als Resultat von protektionistischer Staatsintervention in den »freien Markt«, wie sie Trump und Konsorten gerade in die Tat umsetzen. Letztlich ist das ganze Schlamassel ein Produkt des Privateigentums.

Gemischt sind meine Gefühle, weil ich einerseits die Bedrohung sehe, die von einer tiefen Krise der gesellschaftlichen Reproduktion ausgeht, und andererseits die geringen Chancen für eine soziale Revolution. Diese Chancen werden außerdem dadurch getrübt, dass die Macht in Händen von einem Typen wie Trump für eine weltweite Rechtsentwicklung steht, die entweder bereits in etlichen Ländern solche Reaktionäre an die Macht gebracht oder zumindest bedrohlich gestärkt hat. Sofern sich dagegen überhaupt Widerstand entwickelt, will er jene Formen bürgerlicher Demokratie erhalten, in deren Schoß ebendiese reaktionären Kräfte erstarken. Wie die »Krise der Demokratie« und der für sie einstehenden Parteien mit der immer bedrohlicheren Entwicklung der Kapitalakkumulation zusammenhängt, die immer neue Probleme schafft, ohne dass die Politik auch nur eines von ihnen wirklich lösen könnte, wird in aller Regel ignoriert. Das Bekenntnis zum Privateigentum verbindet letztlich die Reaktionäre mit den Liberalen und Sozialliberalen. Ohne radikale Kritik am Privateigentum hat der Widerstand gegen die Rechtsentwicklung wenig Aussicht auf Erfolg.

Quelle: https://communaut.org/de/golden-age-coming

** Robert Schlosser ist Rentner und lebt in Bochum. Er arbeitete – immer wieder unterbrochen durch Pleiten und Arbeitslosigkeit – als Angelernter, Maschinenschlosser und Technischer Redakteur in verschiedenen Industriebetrieben (Stahlwerk, Autofabrik, Flanschenfabrik, Maschinenbaubetrieb, Anlagenbau). Politische Stellungnahmen und theoretische Artikel finden sich in »Robert Schlossers Werkstatt«: www.robert-schlosser.de/Soziale_Emanzipation/Startseite.htm*

Anmerkungen:

1 *Kürzlich warnte der langjährige Generaldirektor der Welthandelsorganisation Roberto Azevêdo: »Erinnern Sie sich, was in den 1930er-Jahren passierte, als die USA die Zölle mit dem Smoot-Hawley-Zollgesetz angehoben hatten und sich dann die anderen Länder mit Gegenzöllen rächten? Es kam zu einer weltweiten Zoll-Eskalation. Und wir verloren zwei Drittel des weltweiten Handels in nur fünf Jahren.«*

2 *Über den »Architekten« von Trumps Zollpolitik (Peter Navarro) sagt eine andere geistige Größe aus Trumps Mannschaft, Elon Musk, er sei »wirklich ein Idiot« und »dümmer als ein Sack Ziegel«. (Musk kritisiert Trump-Berater. »Navarro ist dümmer als ein Sack Ziegel«, 8. April 2025, Tagesschau.)*

3 *Vergleiche zu den hier angesprochenen Punkten auch mein Arbeitsmanuskript über Freihandel, Protektionismus und Kapitalakkumulation: www.robert-schlosser.de/Web_Buchprojekt/_private/Freihandel%20und%20Protektionismus.pdf.*

4 *Karl Marx, Friedrich Engels: Revue, in: MEW, Bd. 7, S. 440.*

Fortsetzung von S. 14 links

Die deutsche Geschäftsführung boykottiert die Verhandlungen, hat eine Anwaltskanzlei engagiert, die für *union busting* berüchtigt ist, und geht mit ganzer Härte und teilweise rechtswidrigen Methoden gegen die Streikenden vor. Gewerkschafter:innen wurden entlassen, die Forderungen der Gewerkschaft sowie der gesamte Arbeitskampf für illegal erklärt, Streikende öffentlich herabgewürdigt, eingeschüchtert und kriminalisiert. Darüber hinaus missachtet das Unternehmen Gerichtsbeschlüsse, Arbeitsinspektionen, Stellungnahmen des Stadtrats sowie rechtliche Gutachten des polnischen Arbeitsministeriums.
Die Streikenden appellieren an Kolleg:innen in Deutschland, Druck auf den Konzern auszuüben, um sie zu unterstützen. Weil die Arbeiter:innen auch finanziell in Bedrängnis sind, bittet die Gewerkschaft zudem um finanzielle Unterstützung, um den Kampf fortsetzen zu können.

Weitere Informationen:
labournet.de/?p=228455
Spendenkonto: *zrzutka.pl/m2xrgk*

Leserliches

Unverzichtbar, ungehört, unzufrieden

Für den Berliner Thinktank »Progressives Zentrum« haben Johanna Siebert und Mara Buchstab unter dem Titel »Die Unverzichtbaren – Menschen in Basisarbeit« eine Studie herausgebracht: Beschäftigte aus der Gebäudereinigung, der Logistik, der Pflege und der Gastronomie kommen darin selbst zu Wort und erzählen von ihren Arbeitsbedingungen. Umfragen und Gruppeninterviews ergänzen ihre Berichte.
Die Studie zeigt, wie sich schlechte Arbeitsbedingungen auf das Vertrauen in demokratische Institutionen und die Offenheit für die vielbeschworenen Transformationsprozesse auswirken. Wer auf der Arbeit ständig gegängelt wird, wer im Alltag nicht das Gefühl hat, etwas an seiner Lage ändern zu können, der setzt wenig Hoffnung in Staat und Politik und kann sich kaum begeistern für Klimaschutz und Digitalisierung.

Die Studie kann kostenlos heruntergeladen werden auf der Website des »Progressiven Zentrums«.

Bezug: *www.progressives-zentrum.org/publication/die-unverzichtbaren-menschen-in-basisarbeit*

Die Bedeutung von »Existenzsicherung«

Die Bundesregierung plant eine »neue Grundsicherung« mit beachtlichen Verschärfungen. Für die Betroffenen interessiert sich in der politischen Debatte kaum jemand. Als Gegengewicht zu einer Politik, die lieber *über* die Bezieher:innen von Bürgergeld spricht als *mit* ihnen, hat der Verein »Sanktionsfrei« ein »Stimmungsbild nach zwei Jahren Bürgergeld« erhoben und dafür mehr als 1.000 Betroffene befragt.
Die Studie zeigt, was der Alltag mit Bürgergeld wirklich bedeutet: Verzicht, Unsicherheit, Ausgrenzung und strukturelle Hürden bei der Arbeitssuche. Fast drei Viertel der Befragten gaben an, der Regelsatz von monatlich 563 Euro reiche nicht aus, um ein würdevolles Leben zu führen. Selbst Grundbedürfnisse werden nicht erfüllt: Nur in jedem zweiten Haushalt werden alle satt, insbesondere Eltern verzichten zu Gunsten ihrer Kinder auf Essen. Die überwältigende Mehrheit will arbeiten, hat aber kaum Hoffnung darauf, eine existenzsichernde Arbeit zu finden. Die Studie kann auf der Website von »Sanktionsfrei« kostenlos heruntergeladen werden.

Bezug: *sanktionsfrei.de/studie25*

Liebe Arbeitswelt...

Ein Lesetipp für den Sommer – von Wolfgang Völker*

Heike Geißler: »Arbeiten«, Hanser Berlin 2025, ISBN: 978-3-446-27977-3, 128 Seiten, 20 Euro.

In dem Büchlein »Arbeiten« von Heike Geißler kommen alle Perspektiven auf Arbeit vor, die in den klassischen Debatten über Arbeit immer wieder behandelt wurden und werden. Arbeit als Last und Mühsal, Arbeit als notwendige gesellschaftliche Funktion zum Überleben einer Gesellschaft, Arbeit als Verhältnis zur äußeren und inneren Natur, Arbeit als Herrschafts-, Unterdrückungs- und Entfremdungsverhältnis, Arbeit als Mittel der Sicherung des Lebensunterhalts, Arbeit als Mittel der Sorge oder Reproduktion, Arbeit als Produktion von Gebrauchswerten, Arbeit als informelle, als prekäre, als unsichtbare.

Leser:innen und Autor:innen des *express* könnten jetzt abwinken und sagen, dass sie in diesen Debatten ja nicht zuletzt aufgrund der Lektüre des und vielleicht Mitarbeit am *express* bestens bewandert sind. Was soll also schon wieder ein Buch, das anscheinend ganz allgemein vom »Arbeiten« handelt? Hat uns nicht erst neulich Stefanie Hürtgens Einspruch in der *Prokla* gelehrt, wie wichtig es ist, die Welt der Arbeiten in der Gesamtheit ihrer unterschiedlichsten Formen zu betrachten, und nicht den Standpunkt des Kapitals einzunehmen, von dem aus Arbeiten nach den Kriterien produktiv – unproduktiv – nützlich – überflüssig hierarchisiert werden?[1] Hat uns nicht Slave Cubela durch die Geschichte des Umgangs der Arbeiterbewegung mit dem Arbeitsleid schon auf die richtige Spur gesetzt?[2]

Alles richtig. Dennoch empfehle ich die Lektüre, denn Geißlers Buch ist mal kein wissenschaftlicher Text, auch kein politisch-analytischer mit Strategien zur Überwindung von Lohnarbeit und Ausbeutung, auch wenn politische Statements im Buch weit verbreitet sind. Es ist ein literarischer Text in einem ganz eigenen Stil. Geißler blickt auf ihren Alltag, auf die Orte, an denen sie sich bewegt, und auf die dort wahrnehmbaren Arbeiten bzw. Arbeitenden oder ehemaligen Arbeitenden. Sie nennt das protokollarische Beobachtung bzw. »Mitschrift«.

»Ja, das Aufschreiben, das protokollarische Schreiben, das Beschreiben eines Tages, eines Ortes, eines Dings. Das Mitschreiben der Welt, die man vor Augen hat, die Mitschrift: eine meiner liebsten Textsorten. Die Mitschrift ist da, um festzuhalten, was passiert, was auffällt, was da ist, was nicht.« (S. 40)

Geißler schreibt auf den 126 Seiten sechs Briefe an die »Liebe Arbeitswelt, ...«, in denen Sätze stehen wie: »Arbeitswelt, so wie Du Dich zeigst, habe ich wirklich den Eindruck, alle Fragen, die ich Dir stellen könnte, selber viel besser beantworten zu können. Nur nicht die Frage nach dem Wann und Wie Deines Endes.« (S. 106)

Durchgängig finden sich im Text Anforderungen an eine bessere Arbeitswelt, Forderungen nach ihrer Abschaffung bzw. Kritik an den bestehenden – von ihr »Arbeitswelt« genannten – Verhältnissen. Man liest Rückfragen an die uns allen bekannten Klagen über die Wirklichkeit der Lohnarbeit, über die cholerischen Chefs: »Was fangen wir nun endlich mit diesen steinalten Klagen an?« (S. 27) Es findet sich auch Kritik an den ewig wiederkehrenden Diffamierungen der angeblich Faulen. Und es gibt gedankliche Kontroversen mit Politiker:innen über das Arbeiten. »Wenn Olaf Scholz sagt, wir sind alle zum Arbeiten geboren, klingt das in meinen Augen bedrohlich. (…) Ach, ich bin müde. Ich habe keine Lust mehr auf die alten Hierarchien und Setzungen.« (S. 85/86)

An die Rolle der Arbeit und die Vernichtung durch Arbeit im Nationalsozialismus wird erinnert, ebenso an das vielen Leser:innen bekannte »Geh doch erstmal arbeiten«-Argument, wenn sich Leute in politischen Widerspruch zu den herrschenden Verhältnissen begeben. In etlichen Abschnitten spricht Geißler über ihr Aufwachsen in der Arbeit so belobigenden Gesellschaft der DDR, über die Arbeitserfahrungen ihrer Eltern und über Veränderungen nach der Befreiung von der SED-Herrschaft, die beispielhaft an der Arbeit ihrer Mutter thematisiert werden. Bemerkungen zu Kontemplation als Contra zur verzweckten Arbeit dürfen nicht fehlen. Sie sind mir allerdings fast schon zu romantisierend – das Gefühl mag wohl Ausdruck eines Nachwirkens des Realitätsprinzips der Lohnarbeit im Rentneralltag sein.

Auch ihre Arbeit als Schriftstellerin beleuchtet Geißler immer wieder. Ihr Nachdenken führt von dem weiten Verständnis »Alles ist Arbeit« zu einer Kritik daran, alles Tun als Arbeit zu fassen. Sie setzt Denkmale für die »Zweifelnden, Zaudernden« (S. 93) – und für jene, »die erstens an die Kraft (…) von Wunder und Märchen glauben, und zweitens an die konkrete Arbeit der Veränderung, die Voraussetzung der sogenannten Wunder« (S. 99).

In den Briefen an die Arbeitswelt äußern sich subjektive Anfragen, Anforderungen, Enttäuschungen und Kritik. Gleichzeitig sind sie Ausdruck davon, dass es trotz aller im Text immer wieder aufscheinenden Kapitalismuskritik nicht um kollektive Perspektiven geht, sondern um eine nachdenkende, nachdenkliche, oft auch wütende Mitschrift dessen, was die Autorin bezüglich »Arbeit« so alles um sich und an sich beobachtet. Über die kollektiven Perspektiven lesen wir ja oft genug.

** Wolfgang Völker lebt in Hamburg und ist Rentner. Er ist sozialpolitisch aktiv bei »Hamburg traut sich was«.*

Anmerkungen:

1 *Stefanie Hürtgen: kein mensch ist überflüssig, Prokla, Bd. 55, Nr. 218, 2025.*
2 *Slave Cubela: Wortergreifung, Worterstarrung, Wortverlust. Industrielle Leidarbeit und die Geschichte der modernen Arbeiterklassen. Münster 2023.*

Verlag Westfälisches Dampfboot

Widersprüche
Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich

Widersprüche 176
Das Etikettierungs-Ressourcen-Dilemma in der Kinder- und Jugendhilfe
2025 – 117 Seiten – 18,00 €
ISBN 978-3-98634-016-2

Neu für Bibliotheken: ab sofort als Ebook-Campuslizenz im Jahresabo
je 4 Ausgaben von ca. 520 Seiten
ISSN 0721-8834
Jahresabonnement: 290,00 €
Bestellung nur über den Verlag
WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

»links« lebt!
Politische Diskussionen und Interventionen in der Online-Zeitung www.links-netz.de
links-netz

Das Digitalabo gibts schon ab 29,50€ pro Jahr!
lateinamerika-nachrichten.de/abo

Prämien für neue Abos

Für jedes Geschenkabonnement und jedes selbst erworbene Jahresabonnement gibt es eine der folgenden Prämien (bitte ankreuzen)

- ☐ *Mario Candeias / Stephan Krull (Hrsg):* »Spurwechsel. Studien zu Mobilitätsindustrien, Beschäftigungspotenzialen und alternativer Produktion«. VSA-Verlag: Hamburg 2022.
- ☐ *Wolfgang Schorlau:* »Kreuzberg Blues. Denglers zehnter Fall«. Kiepenheuer u. Witsch: Köln 2020.
- ☐ *Carsten Wirth (Hrsg.):* »Konkurrenzen und Solidaritäten. Festschrift für Anton Kobel zum 75. Geburtstag«, Nomos: Baden-Baden 2021
- ☐ *Mario Candeias (Hrsg.):* »Klassentheorie. Vom Making und Remaking«. Argument-Verlag: Hamburg 2021.
- ☐ *Jane McAlevey:* »Macht. Gemeinsame Sache. Gewerkschaften, Organizing und der Kampf um die Demokratie«. VSA-Verlag: Hamburg 2021.
- ☐ *Torsten Bewernitz:* »What would Picard do? Star Trek als Social Fiction«. Unrast-Verlag: Münster 2025.

Ich bin *express*-AbonnentIn und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben.

Meine Anschrift:

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Abonnement

Ich abonniere den *express*

- ☐ zur Probe 3 Nummern zum Preis von 10 Euro (nur gegen Vorkasse);
- ☐ zu nebenstehenden Bedingungen.

Ich zahle

- ☐ mein Jahresabonnement (40 Euro)
- ☐ meine Förderabonnement (70 Euro)
- ☐ mein ermäßigtes Abo (20 Euro) – (Studierende, Auszubildende, Erwerbslose – Beleg beifügen)
- ☐ mein Institutionenabo (80 Euro) – BR, Bibliotheken etc.
- ☐ gegen Rechnung

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Email

Datum 1. Unterschrift

Diese Vereinbarung kann ich innerhalb von vier Wochen bei der AFP widerrufen:

2. Unterschrift

Impressum

Herausgeber: AFP e.V., »Arbeitsgemeinschaft zur Förderung der politischen Bildung« e.V.
Redaktionsanschrift: express-Redaktion
Niddastraße 64, 60329 Frankfurt a.M., Tel. (069) 67 99 84,
email: express-afp@online.de, www.express-afp.info, www.labournet.de/express
Erscheinungsweise: 10 Ausgaben/Jahr
Bezugspreise: Einzelheft 4,00 Euro; Jahresabonnement 40 Euro, erm. 20 Euro (Studierende, Auszubildende) und 80 Euro Institutionenabo – einschl. Versandkosten.
Bankverbindung:
AFP e.V., Sparda-Bank Hessen eG,
IBAN: DE28 5009 0500 0003 9500 37
BIC: GENODEF1S12
Abbestellungen müssen bis spätestens 30.9. vor Ende des Kalenderjahres bzw. 3 Monate vor Ablauf des Bestellzeitraumes schriftlich erfolgen.

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

ISSN: 0343–5121
V.i.S.d.P.: Kirsten Huckenbeck, Frankfurt
Layout/Satz: Birgit Letsch, Hanau
Druck: Union Druckerei, Berlin